

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 20.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 17. Mai 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kadaverstr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieuwen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Fernspr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Reichstagsrede unseres Vorsitzenden, Kollegen Schiffer, über die Förderung der Baumwollkultur in unseren Kolonien.

Am 8. März d. J. hatte der Reichstag den „Haushaltsetat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1913“ zu erledigen. Bei der Gelegenheit wurde von mehreren Rednern der bürgerlichen Parteien auf die außerordentliche Wichtigkeit der Förderung der Baumwollkulturen in unseren Kolonien hingewiesen. In den Etat war ein Posten von 365 000 Mark zu diesem Zwecke eingesetzt worden, aber die Budgetkommission war der Auffassung gewesen, daß diese Summe absolut nicht genüge. Sie hatte eine Resolution vorgelegt, worin sie den Reichskanzler ersuchte, „einen Nachtragsetat vorzulegen, durch welchen der Kolonialverwaltung ein ausreichender Betrag zur Förderung der Baumwollkultur in den deutschen Schutzgebieten zur Verfügung gestellt wird“. Während sich die bürgerlichen Parteien in dieser Frage einig waren, stellte sich die Sozialdemokratie, wie immer in solchen Dingen, auf den ablehnenden Standpunkt. Dem Genossen Krüzig fiel die undankbare Aufgabe zu, die Stellungnahme seiner Partei zu begründen. Er tat es mit viel Worten aber wenig Sinn und Verstand. In den „Sozialistischen Monatsheften“ (Nr. 8 vom 24. April) bestätigt ihm sein Genosse Quessel, daß er seine Sache schlecht gemacht habe, denn die Rechtfertigung seiner Partei sei ihm durchaus nicht gelungen.

Unter großem Beifall der bürgerlichen Parteien trat unser Vorsitzender, Kollege Schiffer, dem sozialdemokratischen Schwäger entgegen. Wir bringen die Rede Schiffers nach dem amtlichen Stenogramm:

„Meine Herren, der Herr Vorredner hat die Baumwollfrage

in einer Breite und mit einer Einseitigkeit,

überhaupt in einer Weise behandelt, die bei Un- eingeweihten den Eindruck erwecken könnte, als habe der Reichstag früher niemals das Thema Baumwollkulturen und Kolonien erörtert. Die Frage beschäftigt aber den Reichstag wahrhaftig nicht zum ersten Male. In den letzten Tagen noch ist sie bei der Generaldebatte sehr ausgiebig besprochen worden. Sie verschwindet seit einer Reihe von Jahren bei der Beratung des Kolonialetats überhaupt nicht mehr von der Tagesordnung. Ich darf auch daran erinnern, daß der Reichstag noch vor drei Jahren eine Petition des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, die auf eine großzügige Förderung der textilen Rohprodukte in den Kolonien hinzielte, einstimmig dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung empfohlen hat. Erfreulich ist ja, daß bezüglich dieser Frage die Regierung, der Reichstag in seiner überwiegenden Mehrheit, die Presse — abgesehen vielleicht von der sozialdemokratischen —, Handel und Industrie darin einig sind, daß das wichtigste Rohprodukt der Textilindustrie in unseren Kolonien angepflanzt und weiter gefördert werden müsse. (Sehr richtig!) Meine Herren, diese Einmütigkeit ist auch

nicht ohne wichtigen Grund.

Der Verbrauch an Baumwolle in Deutschland hat sich in den letzten vierzig Jahren, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, verdreifacht. Der Wert der jährlichen Einfuhr, die rund 2 Millionen Ballen à 500 Pfund beträgt, beläuft sich auf rund 600 Millionen. Diesen enormen Betrag für das Produkt muß also Deutschland, da es die Baumwolle fast ausschließlich vom Ausland beziehen muß, an das Ausland zahlen, hauptsächlich an Nordamerika, an das selbe Nordamerika, dessen eigener Baumwollverbrauch infolge gewaltiger Ausbreitung der Textilindustrie dort in sehr erheblicher Weise

gestiegen ist. Es ist ein wirtschaftliches Bedürfnis, einen Teil der eben genannten Riesensumme in eigenen Lande zu lassen, soweit das nur irgend möglich ist; denn dieses Kapital muß doch vorwiegend von deutschen Verbrauchern aufgebracht werden. Indessen tritt die rein wirtschaftliche Bedeutung der Frage noch zurück hinter der auch politischen Notwendigkeit, die deutsche Textilindustrie vor der Gefahr zeitweiser Verlustes ihres Rohproduktes zu schützen. In derselben Lage wie die deutsche Textilindustrie befinden sich ja alle europäischen Industriestaaten, und so ist es nicht verwunderlich, daß die Kolonialstaaten den Ausbau der Baumwolle in ihre Kolonialprogramme aufgenommen und entsprechende Versuche gemacht haben. Die großzügigen Unternehmungen englischer Interessenten und ihre guten Resultate, aber auch die deutschen Erfolge auf diesem Gebiete spornen entschieden zu weiterer Arbeit an. Es darf kein Zurück und kein Halt mehr geben. (Sehr richtig!)

Meine Herren, in den deutschen Kolonien Ostafrika, Togo, Kamerun sind in den letzten Jahren

Versuchsstationen

errichtet worden, bis jetzt im ganzen acht, deren bisherige Arbeiten befriedigende Erfolge aufweisen. In Deutsch-Ostafrika befinden sich für die Baumwollkultur noch aussichtsreiche Gebiete, so in den Bezirken Ruanda und Lindi. Beide weisen, was sehr ins Gewicht fällt, nur eine Regenzeit auf. In Kamerun haben die neuen Stationen die spezielle Aufgabe, in den Distrikten Baum und Mandantana das Grasland zu erkunden. Diese Arbeit ist im Gange. Sie wird voraussichtlich um so lohnender sein, als dort bereits eine alte Eingeborenenbaumwollkultur und -weberei existiert. Neben ihren sonstigen Aufgaben haben die Versuchsstationen auch spezielle Arbeiten zu leisten zwecks Vermeidung von Entartung der Baumwollsorten und der Sortenmischung. Die Hauptarbeit der Versuchsstationen aber besteht in der Gewinnung akklimatisierter, ertragreicher, hochwertiger Lokalqualitäten mit sicherem Ertrag für jeden Anbaubezirk.

Die Aussichten sind bekanntlich auch gar nicht so ungünstig.

Denn in Ostafrika betrug die Produktion

1910	2 600 Ballen
1911	4 400 „
1912	8 900 „ à 250 Pfund.

Zweifellos wird die Zentralbahn noch neue, zukunftsreiche Produktionsgebiete erschließen. Dazu kommt ja, daß fortwährend neue Erfahrungen gesammelt werden, die mit Nutzen verwertet werden können. Meine Herren, wir bedürfen für die Baumwollkultur gewiß noch sehr vieler Erfahrungen, speziell auch in Ostafrika. Wir werden sie aber gewinnen; und ich zweifle keinen Augenblick, daß wir dann zu immer günstigeren Erfolgen kommen werden. Wir haben natürlich keine großen einheitlichen Baumwollzonen, sondern eine Anzahl kleinerer Baumwollgebiete mit sehr verschiedenem Charakter. Dieser Charakter muß in seinem Verhalten zur Baumwolle genau studiert werden. (Sehr richtig!) Daß die Bezirke Lindi und Ruanda als besonders aussichtsvoll gelten können, wurde schon betont. Im Lindibezirk allein wird die diesjährige Eingeborenenerte auf 2000 Ballen geschätzt; sie übertrifft damit alle Erwartungen. Nach den Berichten der ostafrikanischen Presse dehnt sich im Ruandagebiete die Plantagenkultur erheblich aus — so sehr, daß in diesem Jahre die Plantagenproduktionsausfuhr größer sein wird als die der Eingeborenenkultur.

Gewiß soll auch die Eingeborenenkultur nach Möglichkeit gefördert werden. Ich möchte wünschen, daß man in den Seegebieten Hallen baue und den Eingeborenen für die Aufstapelung der Baumwolle zur Verfügung stelle. (Sehr gut!)

Die Schifffahrt auf den Seen müßte gefördert werden; und vielleicht ist der Wunsch nicht un-

berichtigt, daß man etwa von Tabora aus eine Stichbahn nach dem Viktoria-Nyanzasee baue, um den Handel und die Ausfuhr aus der Kolonie zu fördern.

In Togo belief sich die Produktion in den Jahren 1911 und 1912 auf je rund 2000 Ballen. Kamerun hat allerdings bisher noch keine Baumwollausfuhr gehabt; aber da muß berücksichtigt werden, daß in diesem Schutzgebiet die Arbeit erst 1911 aufgenommen wurde.

Wenn der Herr Vorredner davon sprach, daß auch in Südwestafrika an die Anpflanzung von Baumwolle gedacht werden könne, so hat doch davon ein anderer wohl noch nie etwas gehört. In Südwestafrika gibt es keine Baumwolle, sie ist dort unmöglich; wohl aber gibt es dort Schafe. (Weiterkeit.)

Im übrigen haben die bisherigen Erfahrungen gezeigt, daß auch die

Qualität der Baumwolle allmählich mehr gewinnt.

Aber der Zweck aller dieser Versuche kann natürlich nicht der sein, in wenigen Jahren die heimische Textilindustrie vollständig mit Rohbaumwolle zu versorgen.

Meine Herren, ich möchte auf die Mitteilungen des Herrn Dr. Rohrbach hinweisen, der im Jahre 1912 schrieb, daß die Engländer in Nigieren auf einen wirklichen Erfolg erst nach 25 Jahren rechnen. (Hört! Hört!) Meine Herren, das gilt auch für uns Deutsche. Wir können aber bestimmt hoffen, daß es immer mehr, und nach einigen Jahrzehnten sicher, möglich sein wird, mit Hilfe unserer Eigenproduktion einen Einfluß auf die Preisgestaltung zu erzielen und eine gewisse Unabhängigkeit vom Auslande zu erreichen. (Sehr richtig!)

Der Herr Vorredner hat von utopistischen Uebertreibungen gesprochen. Nun, meine Herren, utopistische Uebertreibungen sind gewiß verfehlt; allein auch

in sozialdemokratischen Kreisen urteilt man nicht immer, wie es der Vorredner teilweise tat,

in pessimistischen Jammertönen.

Meine Herren, vor einer Reihe von Jahren schon — ich glaube, es war 1903 — schrieb schon der „Vorwärts“:

„Wir sind durchaus Gegner der Kolonialpolitik, stehen aber den in Afrika getriebenen Versuchen, dort die Baumwollkultur einzuführen, sympathisch gegenüber.“

Reichstagsabgeordneter Legien von der sozialdemokratischen Fraktion hat vor drei Jahren an den bekannten Politiker Dr. Loeschmüller, der ihn über die Beteiligung der Arbeiterschaft an den kolonialen Baumwollbestrebungen interpellierte, folgendermaßen brieflich geantwortet:

„Es ist nicht zu verkennen, daß die Eröffnung neuer Bezugsquellen für Baumwolle und die Unabhängigmachung der amerikanischen Textilindustrie von der afrikanischen Baumwollindustrie für die deutsche Produktion von großer Bedeutung ist. Auch die Arbeiterschaft besonders in der Textilindustrie hat hieran ein Interesse. (Hört! Hört!) Erreicht werden kann, wie Sie in ihrem Schreiben sagen, dieses Ziel nur in Verbindung mit der deutschen Kolonialpolitik.“ (Hört! Hört!)

Dabei sind die Herren von der sozialdemokratischen Partei selbstverständlich entschiedene Gegner der Kolonialpolitik!

Ich meine, unsere Volksgemeinschaft hat daran, daß wir, soweit es irgend möglich ist, durch Baumwollanpflanzung und Baumwollkulturen in unseren Kolonien einen Einfluß auf die Preisgestaltung gewinnen, und daran, daß wir eine Unabhängigkeit vom Auslande erreichen können, ein großes Interesse; besonders natürlich die Textilindustrie, und deshalb ist es sehr erfreulich, daß die Textil- und verwandten Industrien, einem Aufruf des kolonialwirtschaftlichen Komitees vom Januar dieses Jahres folgend, bereits Mittel in Höhe von über 250 000 Mark sichergestellt haben, und daß sich kürzlich auch unsere größte

Baumwollhandelsfirma mit einem größeren Betrage angemeldet hat.

Meine Herren, noch ein paar Bemerkungen zu einzelnen Ausführungen meines Herrn Vorredners! Er hat an eine Bemerkung meines Parteifreundes Erzberger angeknüpft und hervorgehoben, daß die Einfuhr von Textilprodukten in unsere Kolonien weniger aus der deutschen Industrie stamme, vielmehr aus der italienischen, weil dort die Löhne geringere und die Produktionsbedingungen günstigere seien. Er fügte, indem er der Zentrumspartei einen Vorwurf machen zu können glaubte, hinzu, wir wären daran nicht unschuldig, weil wir die

Verantwortung für unsere Wirtschafts- und Zollpolitik

zu tragen hätten. Diese Verantwortung für unsere Wirtschafts- und Zollpolitik tragen wir gern, (sehr richtig!) und Hunderttausende, ja, ich darf sagen, weit mehr als eine Million Arbeiter tragen diese Verantwortung auch gern mit, speziell auch die nichtsozialdemokratische Textilarbeiterchaft. Wenn die gesetzgebenden Körperschaften nach den Anträgen der Sozialdemokratie gehandelt und die Zölle auf Textilprodukte aufgehoben hätten, (sehr gut!) dann wäre es um das Glend der Textilarbeiter noch viel, viel schlimmer bestellt, als es der Herr Vorredner eben geschildert hat. (Sehr richtig!) Die Textilindustrie hat ihr Hauptabsatzgebiet im Inlande, der Inlandmarkt ist für sie der wichtigste, und wer hier die billigere ausländische Konkurrenz zollfrei der einheimischen Textilindustrie auf den Hals hehrt, der schädigt eben Industrie und Arbeiterchaft empfindlich. (Sehr richtig! rechts.)

Im übrigen hat ja auch der Herr Vorredner einige freundliche Töne zu Gunsten der Baumwollkulturen in den Kolonien gefunden. Er hat nur vor Utopien, vor Uebertreibungen warnen zu müssen geglaubt und alle möglichen Beschränkungen ausgesprochen; aber doch klug durch seine Ausführungen der Grundgedanke: etwas muß geschehen, nur muß mit der nötigen Vorsicht gearbeitet werden.

Meine Herren, von der sozialdemokratischen Fraktion dann, bitte, arbeiten Sie vernünftig und praktisch mit! Sie haben aber heute vormittag hier noch das Notetatgesetz abgelehnt und damit auch einen Teil der Reichsbeiträge zur Förderung der Baumwollkultur in den Kolonien, (sehr gut!) und demnachst werden Sie den ganzen Etat ablehnen. Auch alle Eisenbahnbauten in den Kolonien haben Sie abgelehnt. Da muß ich doch sagen: insolge einer Rede des Herrn Abgeordneten Krässig wächst in Ostafrika, in Kamerun und in Logo keine Stange Baumwolle. (Weiterkeit.)

Ich wiederhole in diesem Zusammenhange, daß auch die Arbeiter speziell in dieser Frage mit den Interessen dieser Industrie sehr verwachsen sind, und es ist kein Zufall, sondern bedeutet eine Förderung auch der Arbeiterinteressen, wenn der

Zentralverband christlicher Textilarbeiter

Deutschlands bereits seit zehn Jahren Mitglied des Kolonialwirtschaftlichen Komitees ist und dessen Bestrebungen warm unterstützt. Wenn der Herr Vorredner uns, d. h. dem christlichen Textilarbeiterverbande, indirekt daraus einen Vorwurf machte, daß wir aus Organisationsmitteln Beiträge an das Kolonialwirtschaftliche Komitee abführen, — man, die Verantwortung dafür tragen wir so leicht, daß ich ihm versprechen kann, demnachst im Zentralvorstand unseres Verbandes einen Antrag auf Erhöhung dieser Beiträge zu stellen. (Bravo!)

Wir haben als Arbeiter an der Hebung unserer Industrie das größte Interesse, und die Arbeiterorganisationen, deren Führer nicht nur radikale Reden halten, die vielmehr in der Praxis wirklich Arbeiterinteressen wahrnehmen und tatsächlich im Interesse der Arbeiter unter Berücksichtigung der vorhandenen Schwierigkeiten wirken wollen, können mit gutem Gewissen auch als Organisationen für derartige Bestrebungen Beiträge zahlen.

Nun liegt aus der Budgetkommission die Resolution vor, den Herrn Reichsminister zu ersuchen, dem Reichstag einen Nachtragsetat vorzulegen, in welchem der Kolonialverwaltung ein ausreichender Betrag zur Förderung der Baumwollkultur in den Schutzgebieten zur Verfügung gestellt wird. Der Vorredner hat betont, die Sozialdemokraten würden diese Resolution heute ablehnen. Sie haben sie auch bereits in der Kommission abgelehnt (hört! hört!), wie mit allerdings ichemen wollte, sehr zum persönlichen Leidwesen meines Vorredners. Wir wollen abwarten, ob die Herren von der sozialdemokratischen Partei, wenn demnachst der Nachtragsetat kommen wird, dann ihre Zustimmung geben. Der Wortlaut der Resolution fordert nicht mehr als einen Nachtragsetat, der ausreichende Mittel vorsieht.

Diese ausreichenden Mittel gehen also den Herren von der sozialdemokratischen Fraktion noch zu weit.

Wir werden ja sehen, was sie später beim Nachtragsetat tun werden. Wir werden uns selbstverständlich freuen, wenn sie — was auch schon

einmal früher vorgekommen ist — als reuige Sünder begrüßt werden können, die sich bessern und Buße tun. (Weiterkeit.) In diesem Zusammenhang möchte ich auch nochmals darauf hinweisen, daß der Herr Staatssekretär in der Kommission zu der Resolution folgendes ausgeführt hat:

„Sollte die vom Regierungskommissar dem Abgeordneten Krässig zuteil gemordene Auskunft nicht genügen, so wolle er nur darauf hinweisen, daß die Vereinigten Staaten in den beiden vergangenen Jahren ungefähr 7 1/2 Milliarden Mark für Baumwolle eingenommen hätten, und daß sich gegen diese Uebermacht alle Nationen rüsten. Die Summe, die die Kolonialverwaltung zur Förderung der Baumwollkulturen anfordere, sei gegenüber diesen Ziffern sehr klein, und er meine, daß auch die Sozialdemokratie ihr zustimmen könne. Gerade die Interessen der Arbeiter in der Baumwollindustrie würden durch den gehofften Erfolg in seinen Bestrebungen gefördert werden.“

Das ist sehr richtig.

Ich schließe mit folgender Bemerkung. Das große Ziel kann nur durch langwierige, geduldige Spezialarbeit und durch eine gewisse Großzügigkeit erreicht werden. Alle beteiligten Kreise müssen sich darüber klar sein, daß bedeutende Erfolge zwar nicht sofort, aber später mit Sicherheit zu erwarten sind. Meine Herren, es handelt sich zunächst um eine nationale, später voraussichtlich auch um eine gewinnbringende Tat. Deshalb bitte ich, wenigstens die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien, die Resolution der Budgetkommission einmütig anzunehmen. (Beifall im Zentrum, rechts und bei den Nationalliberalen.)

Zur Schandtat des sozialdemokratischen Streikbruchverbandes in Krefeld.

Seit 11 Wochen stehen die sozialdemokratisch organisierten Färber Krefelds im Streik. Einen Gewinn können die betörten Leute nicht mehr erzielen. Der Kampf wird vollständig nutzlos geführt. Er wird alles in allem den sozialdemokratischen Streikbruchverband bis heute schon 400000 Mark gekostet haben. Das Geld ist einfach in den Dreck geworfen. Dazu kommen die großen Lohnverluste, die dauernden Schädigungen der Industrie, die die Arbeiter in erster Linie zu fühlen haben werden. Viele Färber werden auch nach der Beendigung des Kampfes noch arbeitslos sein. Wer weiß wie viele und wie lange. Alles für nichts und wieder nichts.

Man findet keine Worte, um das Verhalten des sozialdemokratischen Streikbruchverbandes gebührend zu brandmarken. Es steht in der Geschichte der modernen Arbeitskämpfe einzig da. Der sozialdemokratische Verband hat sich in Krefeld für alle Zeit ein Denkmal der Schande und des Verrats errichtet.

Warum bricht die Leitung des sozialdemokratischen Streikbruchverbandes den nutzlosen Kampf nicht ab?

Hat sie denn kein Fünkchen von Verantwortlichkeitsbewußtsein mehr? Hat sie vollständig den Kopf verloren? Erkennt sie denn nicht, daß in Krefeld die Interessen der Gewerkschaften und der Arbeiter geradezu mit Füßen getreten werden? Wir können die Leitung des sozialdemokratischen Verbandes nicht für so dumm halten, daß sie nicht einsehen sollte, wie sie in Krefeld die Interessen der Textilarbeiter vergewaltigt und allen gewerkschaftlichen Grundgesetzen und Regeln ins Gesicht schlägt. Sie weiß, was sie tut. Aber sie hat sich festgerannt. Sie kann weder vorwärts noch rückwärts. Sie hat die beste Gelegenheit zum Abbruch des Kampfes verpaßt. Sie hat sich von einer Gruppe radikaler Färber und von der Absicht, unseren Verband zu schwächen, in eine Sackgasse drängen lassen. Jetzt muß sie den Kampf durchhalten, mag er kosten, was er wolle, wenn sie nicht den letzten Rest von Ansehen einbüßen, wenn sie sich nicht unsterblich blamieren will. Sie hat sich auf Gedeih und Verderb einer radikalen Färbergruppe ausgeliefert. Jetzt liegt sie gründlich fest. Sie muß ihres Ansehens halber den nutzlosen Kampf hinhalten. Die Verbandsmitglieder aber tragen die Kosten. Der Kampf kann noch viele Wochen dauern. Weitere Hunderttausende werden nutzlos verpulvert. Weitere Arbeiterregimenten werden preisgegeben. Warum? Weil die Leitung des sozialdemokratischen Streikbruchverbandes nicht merkt, daß sie eine unverzeihliche Dummheit gemacht hat und daß die Kritik der christlichen Textilarbeiterorganisation die einzig richtige war.

Die Lage der Streikenden

ist als sehr schlecht zu bezeichnen. Auf einen Erfolg können sie absolut nicht mehr rechnen. Die Unternehmer halten unweigerlich an ihrem Standpunkt fest. Die Zahl der Arbeitswilligen aber wächst mit jedem Tage. Rund 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen sind wieder in den Fäbereien beschäftigt. Wie viele Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes darunter sind, läßt sich mit absoluter Genauigkeit nicht sagen, immerhin werden es einige Hundert sein. Die Färber müssen also ihre Sache verlieren geben. Das Zentralorgan der christlichen Gewerksvereine schreibt mit Rücksicht auf die

hohe Zahl der Arbeitswilligen, der Ausgang des Kampfes könne gar nicht zweifelhaft sein. Und der Krefelder Generalanzeiger, der bisher eine auf-fallende Zuneigung zu dem sozialdemokratischen Verbands gezeigt hat, rät den Färbern, die Arbeit wieder aufzunehmen, denn ihre Sache sei ohne Zweifel verloren. Unter den sozialdemokratisch organisierten Textilarbeitern Krefelds herrscht ein heftiger Unwille gegen die Färber und gegen die Leitung ihres Verbandes.

Am besten wird die Stimmung dadurch gekennzeichnet, daß mehrere bisher im sozialdemokratischen Streikbruchverbande organisierte Textilarbeiter und Arbeiterinnen zu uns übergetreten sind. Selbst mehrere Färber haben dem sozialdemokratischen Verbands Lebwohl gesagt und sind zu uns gekommen.

Die sozialdemokratische „Volkstribüne“ vom 6. Mai sucht die Mitgliederflucht dadurch zu verdecken, daß sie sagt, am 28. April habe eine Versammlung des „deutschen“ Verbandes 50 Mitglieder ausgeschlossen. Es muß also schon recht arg sein, wenn der Streikbruchverband in einer Versammlung 50 Färberarbeiter und Arbeiterinnen ausschließen mußte. In Wirklichkeit sind diese und noch viel mehr Mitglieder laufen gegangen, weil sie die Verräterei ihres Verbandes nicht mehr mitmachen wollten.

In der sozialdemokratischen Presse macht sich eine recht kahenzimmerliche Stimmung

bemerkbar. Den langen, von Kampfeslust und Sieges-zuversicht getragenen Artikeln sind recht kurze und ein-silbig gehaltene Notizen gefolgt. Am besten ist dieser Umschwung in der sozialdemokratischen „Volkstribüne“ aus Krefeld zu bemerken, die früher mit vollen Baden ins Feuer blies, in den letzten paar Wochen aber sehr kleinlaut geworden ist. Dem „Textilarbeiter“ ergeht es nicht viel besser. So ekelerregend auch sonst die Lektüre des Schmutzblattes des sozialdemokratischen Verbandes ist, so ist sie andererseits doch auch wieder amüßant. Aus jeder Zeile dieses Gassenblattes klingt nämlich die grenzenlose Verlegenheit und die kahenzimmerliche Stimmung der Leitung des „deutschen“ Verbandes. Es ist ein Gaudium, wie sich der „Textilarbeiter“ quält, dreht und windet und mit seiner breiten Gesichtsmähigkeit im Gassenjungenstil kompletten Unfuss ver-zapft. Auf eine mehr oder minder große Portion Gemein-heiten kommt es dem Schmutzblatt dabei gar nicht an. So schreibt es in Nr. 19 vom 9. Mai cr.:

„Der Reich ist zum Ueberlaufen voll. Wollen sich die christlichen Textilarbeiter denn wirklich noch länger von dieser Gesellschaft täuschen und ver-raten lassen? Sind sie es nicht endlich satt, sich von charakterlosen Menschen belügen und hintergehen zu lassen? Wir denken, daß alle denkenden christlichen Arbeiter, alle jene Arbeiter, die sich noch einen letzten Rest von Ehrlichkeit gegen ihre treuen Kollegen bewahrt haben, die noch nicht ganz allen Solidaritätsgefühls bar sind, verächtlich von Seiten abwenden müssen, die die Interessen der gesamten Arbeiterchaft täglich in unverschämter Weise mit Füßen treten. Der müßte kein Arbeiter sein, kein Mann, der es kalten Blutes ansehen könnte, daß seine eigenen Führer kein Mittel unversucht lassen, daß ihnen kein Mittel zu schlecht und zu niedrig ist, um eine tapferere, aufrechte Arbeiterchaft unter die Gewalt der Kapitalisten zu bringen. Ihnen muß doch ein Licht darüber aufgehen, daß Menschen, die so kalten Blutes die Arbeiter-interessen mit Füßen treten, nie und nimmer Arbeiter-führer sein können, denn sie handeln raffiniert und schimmer gegen die Arbeiterchaft als deren schlimmste Feinde: „Das Kapital und die professionellen Streik-brecher.“

Wenn das unseren Mitgliedern nicht bis an die Nieren geht, dann ist ihnen wahrhaftig nicht mehr zu helfen. Der arme, bedauernswerte „Textilarbeiter“.

Unser Verband geht gestärkt aus dem Kampfe hervor.

Im Anschluß an diesen Stoßausleger teilt das Organ des sozialdemokratischen Streikbruchverbandes freudig mit, daß in Krefeld, Lobberich, Biersen u. a. eine ganze Anzahl Mitglieder bei uns ausgetreten und zu dem „deutschen“ Verbands gegangen sei. Tatsache ist, daß in den genannten Orten einige Mitglieder aus unserem Verbands austraten. Sie nahmen die Krefelder Vorgänge zum Anlaß, um den schon eher geplanten Bruch mit unserem Verbands zu vollziehen. Es sind das durchweg solche Leute, an denen wir gar nichts verloren haben, die aber auch für den „deutschen“ Verbands keinen Gewinn bedeuten.

Unsere christliche Textilarbeiterorganisation geht innerlich und äußerlich gestärkt aus dem Kampfe hervor. Es zeigt sich von Tag zu Tag deutlicher, daß die Textilarbeiterchaft im allgemeinen mit der Haltung unseres Verbandes voll und ganz einverstanden ist. Selbst aus den Reihen des sozialdemokratischen Streikbruchverbandes erhalten wir Zustimmungskundgebungen. Die Zahl unserer Mitglieder im Krefelder Bezirk wächst gerade seit dem Färberkampf. Speziell in den genannten Orten. Während des Färberkampfes stieg die Zahl unserer Mitglieder in der Ortsgruppe Krefeld um 60 und in Lobberich um 29, in Biersen um 45.

In der Ortsgruppe Lobberich wäre der Mitglieder-zuwachs noch größer, wenn nicht mehrere Mitglieder zu einem andern Beruf übergegangen und damit in die betr. christliche Berufsorganisation eingetreten wären. Man ersieht daraus, was von dem sozialdemokratischen Geschreibsel über Austritte aus unserem Verbands zu halten ist.

Im übrigen folgendes: Das Geschimpfe des sozialdemokratischen Streikbruchverbandes macht weder auf uns, noch auf unsere Mitglieder einen Eindruck. Unsere Verbandsleitung fühlt sich beruhigt in dem Bewußtsein, in Krefeld durchaus richtig gehandelt und die Mitglieder unserer Organisation voll und hinter sich zu haben. Das kann der sozialdemokratische Verband nicht von sich sagen. Unser Verband streift nicht, wenn es dem „freien“ Verbands gefällt, sondern, wenn seine Leitung es für notwendig hält und wenn es mit vernünftigen gewerkschaftlichen Gründen gerechtfertigt werden kann. Daran wird das müdeste Geschimpfe und das kläglichste Gejammer des sozialdemokratischen Schmutzblattes nichts ändern können.

Die Wochenhilfe.

(Von Stadtrat H. von Frankenberg.)

II.

Gewisse Einschränkungen des Wochengeldes ergeben sich für land- und forstwirtschaftliche Arbeiterinnen bei vertragsmäßigen Teilleistungen des Arbeitgebers (§ 420), für Rentnerinnen und beschränkte Arbeitsfähige (§ 423), für bestimmte in der Säugung ungünstiger gestellte Gruppen von Versicherten (§ 425) und für unständig Beschäftigte (§§ 450, 455). Das Wochengeld ist jedoch den gesetzlich zugelassenen Schwankungen des Krankengeldes zur Winter- und Sommerzeit nach § 424 nicht ausgesetzt, auch hat man durch § 435 die Dienstboten jenen Nachteilen entzückt.

Eine Neuerung, die in großen Städten mit guten Einrichtungen für die Wöchnerinnenfürsorge bald Bedeutung gewinnen wird, befindet sich in § 196: die Krankenkasse kann mit Zustimmung der Wöchnerin an Stelle des Wochengeldes Kur und Pflege in einem Wöchnerinnenheim gewähren und neben dem Wochengelde, das dafür bis zur Hälfte gekürzt werden darf, Hilfe und Wartung durch Hauspflegerinnen darbieten. Sowohl der Aufenthalt in einem Wöchnerinnenheim, wie die Stellung von Hauspflegerinnen ist regelmäßig teurer als der tägliche Betrag des Wochengeldes. So wünschenswert beide Maßnahmen sind, werden doch voraussichtlich nur die leistungsfähigsten Klassen dazu übergehen. Hauspflegerinnen, Stiftungen und andere gemeinnützige Einrichtungen müssen anderwärts die Lücken auszufüllen bemüht sein.

Für alle Klassen ist § 197 von größter Wichtigkeit: er eröffnet den Rückgriff auf die im letzten Jahre vor der Entbindung beteiligt gewesenen Krankenkassen und legt die Last auf breitere Schultern: alle Klassen (einschließlich der knappschaftlichen Kranken- und der Ersatzklassen), bei denen die Wöchnerin in den letzten 12 Monaten vor ihrer Niederkunft versichert war, haben der leistungspflichtigen Krankenkasse auf Verlangen den Betrag des Wochengeldes nach Verhältnis der Mitgliedszeit zu ersetzen. Aus § 419 folgt, daß auch die Zeit der Befreiung von der Versicherungspflicht auf Grund einer Ersatzfürsorge des landwirtschaftlichen Arbeitgebers mit anrechnungsfähig ist und diesen Arbeitgeber nach Verhältnis haften läßt. Wenn z. B. eine am 1. August 1914 entbundene Wöchnerin vom 1. November bis 31. Dezember 1913 einer Ersatzklasse angehörte, vom 1. Februar bis 31. Mai 1914 in einer Betriebskrankenkasse Pflichtmitglied war und bis 30. Juni die Mitgliedschaft freiwillig fortsetzte, um schließlich noch während des ganzen Monats Juli bei einem Landwirt unter Befreiung von der Versicherungspflicht gegen Ersatzfürsorge (§§ 418, 419) zu arbeiten, so hat der letzte Arbeitgeber wie eine Krankenkasse für das volle Wochengeld aufzukommen, er kann aber, da acht Versicherungsmonate des letzten Jahres in Betracht zu ziehen sind, davon $\frac{2}{3}$ von der Ersatzklasse, $\frac{1}{3}$ von der Betriebskrankenkasse sich erlassen lassen und haftet endgültig nur für das letzte Achtel. Die Krankenkassen werden gut tun, sich fortlaufend Auskunft über die Mitgliedschaft weiblicher Personen aus dem letzten Jahre vor dem Eintritt zu verschaffen, soweit die Gewährung von Wochengeld nach dem Alter der Versicherten noch denkbar sein kann.

Ueber Streitigkeiten wegen der Wochengeldersatzung entscheidet nach § 224 das Versicherungsamt im Spruchverfahren (§ 1771 ff.). Für den Erstattungsanspruch ist nach § 1773 das Reichsversicherungsamt zuständig, das den Streit über den Wochengeldanspruch zu entscheiden hätte. Der Vorsitzende des Versicherungsamtes kann, ohne daß es der mündlichen Verhandlung bedarf, eine Vorentscheidung treffen, gegen die nicht der Antrag auf mündliche Verhandlung, sondern nur das Rechtsmittel der Berufung an das Oberversicherungsamt zulässig ist (§§ 1776, 1657). Revision ist bei den Erstattungsansprüchen schon deshalb ausgeschlossen, weil es sich um vorübergehende Leistungen handelt (§ 1778). Sie ist aber nach § 1695 ganz allgemein für alle Streitigkeiten verjagt, bei denen die Wochenhilfe in Frage steht.

Ueber die Mehrleistungen, die in §§ 198, 200 zugelassen sind, werden sich hoffentlich in den nächsten Monaten die Beteiligten überall da, wo die Klassenverhältnisse die Einführung oder Beibehaltung gestatten, mit den Aufsichtsbehörden verständigen. Es würde sehr bedauerlich sein, wenn bei Bereitwilligkeit der Klassenvertretung, hier ein übriges zu tun, ohne zwingende Gründe das Oberversicherungsamt in übertriebener Vorsicht die Genehmigung verjagen wollte.

Im einzelnen ist hervorzuheben, daß nach § 198 die jagungsmäßig gestaltete Leistung von Hebammen, Hebammen und ärztlicher Geburtshilfe bei der Niederkunft für versicherungspflichtige Ehefrauen oder allgemein für weibliche Versicherungspflichtige (nicht auch -Berechtigten) an dieselben Voraussetzungen

geknüpft werden muß, die in § 195 Abs. 1 für die Wochenhilfe aufgestellt sind (vgl. oben wegen der Mitgliedschaft von insgesamt sechs Monaten innerhalb des letzten Jahres vor der Entbindung). Außerdem darf nur das Notwendige gewährt werden; bei gewöhnlichen, ganz regelmäßig verlaufenden Entbindungen ist also, zumal wenn schon frühere Geburtsfälle vorangegangen waren, nur die Zuziehung einer Hebamme, nicht ohne weiteres die Inanspruchnahme eines Arztes gerechtfertigt. Erst bei besonderen Schwierigkeiten gestattet das Gesetz dessen Hilfe auf Kosten der Krankenkasse.

Eine andere Voraussetzung für die Klassenleistungen sieht § 199 wegen der Schwangeren-Fürsorge vor. Für Schwangere, die mindestens sechs Monate der Klasse (einerlei ob versicherungspflichtig oder -berechtigten) angehört haben, kann die Säugung als Mehrleistung, wenn sie infolge der Schwangerschaft arbeitsunfähig werden, ein Schwangerengeld in Höhe des Krankengeldes bis zu insgesamt sechs Wochen gewähren. Dabei ist die Einschränkung zulässig, daß hierauf die etwaige Wochengeldbezugszeit vor der Niederkunft angerechnet werden soll; geschieht das nicht, so verschiebt sich regelmäßig die Bezugszeit für die Regelleistung des Wochengeldes so, daß sie mit allen acht Wochen unmittelbar an die Niederkunft anschließt. Die Säugung kann unter der gleichen Voraussetzung der sechsmonatlichen Mitgliedschaft bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlichen Hebammen, Hebammen und ärztlichen Hilfeleistungen zur Verfügung stellen. Dem Ermessen der Klassenvertretung ist es überlassen, diese Vergünstigungen nebeneinander einzuführen oder nur die eine davon vorzuziehen, die andere fortzulassen. Vom wirtschaftlichen Standpunkte aus mag die Leistung des Schwangerengeldes sehr erwünscht erscheinen; gesundheitliche Erwägungen geben aber in erster Reihe für die Bereitstellung der nötigen Hilfe durch Hebamme und Arzt den Ausschlag.

Den Bestrebungen zur Förderung des Selbststillens der Mütter kommt § 200 entgegen. Bekanntlich ist von maßgebenden ärztlichen Sachverständigen die Brustnahrung als eins der besten und zuverlässigsten Mittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit bezeichnet. In unserem Zeitalter des Geburtenrückgangs ist deshalb die Vorchrift doppelt bedeutsam, daß die Säugung Wöchnerinnen, solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld bis zur Höhe des halben Krankengeldes und bis zum Schluß der zwölften Woche nach der Niederkunft gewährt kann. Auch diese Mehrleistung, auf die ich ganz besonders die Aufmerksamkeit aller beteiligten Kreise hinlenken möchte, ist von einer insgesamt sechs Monate umfajenden Klassenzugehörigkeit innerhalb der letzten 12 Monate vor der Entbindung abhängig gemacht. Um den wirtschaftlichen und pflegerischen Wert der neuen Maßregel richtig zu würdigen, mag angenommen werden, daß der Grundlohn der weiblichen Versicherten 2 Mark beträgt; das Krankengeld würde sich demnach regelmäßig auf 1 Mark, das Stillgeld auf 50 Pf. täglich belaufen. Selbst wenn es hinter diesem Betrage zurückbliebe, so würde es doch auch in geringerer Höhe ein willkommenes Zuschuß zur Kräftigung der Wöchnerin, die ihr Kind nährt, und mit dem Wochengelde zusammen eine Erleichterung bei der Bestreitung der Haushalts- und Pflegekosten sein.

Als Familienhilfe für versicherungsfreie Ehefrauen der Klassenmitglieder kann die Säugung nach § 205 Nr. 2 die Mehrleistung der Wochenhilfe in ihren verschiedenen, soeben besprochenen Erscheinungsformen zubilligen: Wochen-, Schwangerengeld, Hebammen- und ärztliche Hilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden, bei der Geburt selbst und in der Folgezeit, Unterbringung in einem Wöchnerinnenheim, Hauspflege und Stillgeld darf die Klasse den Ehefrauen zur Verfügung stellen. Die mit der Krankenversicherungsneuerung von 1903 vornehmlich geschaffene Lücke wegen der Familien-Wochenhilfe ist dadurch erfreulicherweise zugunsten der Mitgliedfrauen befreit.

Das Abschlagen der Schußspulen.

II.

Alle die bisher besprochenen Momente können nicht für sich allein das Abschlagen der Spulen veranlassen, sondern sie sind nur mitbestimmend, weil trotz ihres Vorkommens das Abschlagen nicht unbedingt eintritt: es kommt sogar vor, daß mit den genannten Fehlern behaftete und beim Luftrecken unrichtig behandelte Spulen bis zum letzten Ende ganz glatt ablaufen. Der wirklich auslösende Moment ist in letzter Linie immer der Schlag und die den Schützen im Kasten auffangenden Teile. Der Schüßengeldlauf kommt bekanntlich dadurch zu Stande, daß er mit seiner Spitze gegen den Treiber stehende Schützen durch eine äußerst plötzliche Bewegung des Schlagarnes aus seiner zwischen Kastenwand und Kastenklappe innegehabten Stellung nach vornwärts bewegt und nun nach Aufhören der seine Bewegung zwischen Kastenwand und Kastenklappe hemmenden Pressung noch soviel Beharrungsvermögen behält, daß er die ihm durch den Schlag bis zum Kastenaustritt gegebene Bewegung fortsetzt, bis er im gegenüberliegenden Kasten wieder aufgefunden, also an einer Weiterbewegung gehindert wird. Diesem Zweck dient teilweise die Kastenklappe, mehr aber noch der sogenannte Fangriemen, welcher bei glatten Stütulen von einer Seite zur anderen hinüberreicht und hinter den Treibern auf die Kastenpindel aufgelegt ist. Am Labenloch sind durch Anschrauben von rechtwinklig gebogenen Eisenstücken Fangriemen geschaffen, welche den Fangriemen dort in seiner Lage halten und meist sind auch an den Riemen Lederklappen angebracht, welche ein Durchgehen des Riemens nach dem Schüßentaste hin auf ein gewisses Maß beschränken, sodas das Ende des Fangriemens hinter dem Treiber nur soweit andeulichen kann, als es das Lederklappen hinter der Ladenbahnführung erlaubt. Dieser Fangriemen hat, wie der Name schon sagt, den Zweck, den einlaufenden Schützen endgültig aufzufangen, zum Stillstand zu bringen. Diesen Zweck kann er aber nicht erfüllen, wenn er zu lang ist, sodas der Treiber und der mit seiner Spitze sich gegen ihn stößende Schützen bis auf das den Kasten an

Ende abschließende Substanz prallt. In diesem Falle tritt genau dieselbe Erscheinung ein, welche bei fast allen Automobilunfällen das Leben und die Gesundheit der Insassen in Gefahr bringt, indem dieselben nach vorn aus dem Wagen geschleudert werden und dabei gegen vor dem Wagen befindliche Gegenstände, oder aus dem Innern des Wagens durch die als Windfang vorgesezte Glascheibe fliegen und sich dabei gefährlich verletzen. Die Ursache dieser Erscheinung ist das Beharrungsvermögen in der einmal angenommenen Bewegungsrichtung. Die Schußpule nimmt aber im Schützen genau dieselbe Stelle ein, wie die Insassen im Automobil. Wird der Schützen plötzlich durch einen Widerstand zum Stillstehen gebracht, so will sein Inhalt, also die Spule, noch mit fast unverminderter Kraft vorwärts. Ist nun die Spule lose aufgelegt, so wird dieselbe, wenn ihre Spitze in der Bewegungsrichtung vorn ist, von der Spindel abrutschen, andernfalls wird, wenn die Papierhülse fest sitzt, nur das aufgewickelte Garn dem Beharrungsvermögen zufolge nach der Spitze hin abrutschen. Hat nun die Spule einen der eingangs angegebenen Fehler, so ist es selbstverständlich, daß dem Abschießern noch weniger Widerstand entgegenzusetzen wird. Aus dieser Betrachtung folgt, daß vor allen Dingen ein möglichst sanftes und flossfreies Einlaufen des Schützen in den Kasten angestrebt werden muß. Wie wichtig die Erfüllung dieser Bedingung ist, läßt sich einigermaßen erkennen, wenn man versucht, sich einen Begriff über die Geschwindigkeit des Schüßenslaufes zu machen. Ein annäherndes Bild gibt folgende Rechnung. Nehmen wir einen Stuhl mit 150 Touren pro Minute bei 130 cm breiter Ware; nun ist von der Warenkante bis zum Schüßentaste resp. bis zur Schüßenspitze noch ein Raum von 20 cm und der Schützen selbst hat ca. 80 cm Länge; es ergibt dies einen Weg von der äußersten Schüßenspitze rechts bis zur äußersten Schüßenspitze links von 230 cm. Diesen Weg macht der Schützen in der Minute 150 mal, er legt also in der Minute 345 m zurück, was einer Stundleistung von 20 700 m entspricht. Nun muß man aber bedenken, daß der Schüßendurchgang während eines ganz geringen Bruchteiles einer Tour erfolgen muß, nämlich in dem Moment der höchsten Fachstellung plus eines ganz kleinen Zeitraumes vor und nach dieser Stellung. Von der ganzen Tour macht dies höchstens den achten Teil aus, sodas der Schützen, wenn er dauernd lief, einen achtmal so großen Weg, also 1656 km Kilometer pro Stunde zurücklegen würde. Daraus kann man ungefähr ersehen, welche Kräfte zur Wirkung kommen, wenn der Schützen plötzlich mit einem Aud aufgehalten wird. Nimmt man nun noch hinzu, daß die Schüßengeschwindigkeit noch durch verschiedene Momente beeinflusst wird, so ergibt sich, daß diesem Vorgang am mechanischen Webstuhl garnicht Aufmerksamkeit genug gewidmet werden kann. Der mehr oder minder starke Schlag veranlaßt eine Verkürzung oder Verlängerung der Laufzeit und mithin auch ein mehr oder minder starkes Aufsprallen des Schüßens auf den gegenüberliegenden Treiber. Die mehr oder minder große Pressung, welche die Kastenklappe auf den Schützen ausübt, veranlaßt durch die mehr oder minder starke Stecherfeder, verkürzt oder verlängert die Laufzeit, erhöht oder erniedrigt also die relative Schüßengeschwindigkeit. Die Schüßentastenklappe darf aber auch nicht zu lose sein, da sie auch beim Einlaufen des Schüßens als Bremse wirken muß. Daraus folgt, daß die Stecherfedern nicht schwer, also aus dickem Draht, sein dürfen, sondern leicht, aber dabei kräftig. Wird dann noch auf die richtige Stellung und Länge des Fangriemens geachtet, so dürfen abgeschlagene Spulen zu den Seltenheiten gehören.

Allgemeine Rundschau.

Zur Berichtigung einiger sozialdemokratischer Lügen. Das Lügen scheint dem Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes Herzensbedürfnis zu sein. In Nr. 18 bringt es aus M. Gladbach einen Artikel, der von Unwahrheiten und Entstellungen froht. Einige Unwahrheiten seien hiermit richtig gestellt:

In M. Gladbach-Weinberg fand am 20. April eine Versammlung unserer Ortsgruppe statt. Während der Ausführungen des Referenten stellte sich ein mit einer schweren Alttasche beladener Versammlungsbesucher ein, der ohne Zweifel zur Kunst der Genossen gehörte. Er hieß bot man ihm in allerliebenswürdigster Weise Sitzgelegenheit an. Wer nun aber glaubt, der gute Mann hätte keine Alttasche aufgemacht und der Versammlung die darin enthaltene „Weisheit“ mitgeteilt, irrt sich. Er schweig und schwieg, trotzdem die Ausführungen des Referenten alles andere denn Loblied auf den sozialdemokratischen Verband waren. Der Mann kam, setzte sich, hörte sich die Dinge an, kam innerlich auf alle Fälle in Harmonie, als die verschiedenen Diskussionsredner freudig erklärten, dem Zentralvorstand unseres Verbandes sei man für sein Verhalten in Krefeld zu Dank verpflichtet und als die Versammelten dieses Vertrauen durch ein dreifaches Hoch auf unsere Führer bekundeten.

Voll fruchtbarer Butter trübte der tapfere Genosse seinem heimischen Penaten zu. Dort angekommen, setzte er sich auf seinen Hosenboden und schrieb seine „Erfahrungen“ nieder. Da er nun derweil allzu viel vergeffen hatte, den Christlichen aber absolut nicht anhängen wollte, das tatsächlich gehörte dazu aber nicht taugte, schrieb er ein Gemisch von Verdrehungen und Verleumdungen. Wir aber wollen dem Manne ausnahmsweise einen Gefallen tun und seinen Schwindel richtig stellen.

Unwahr ist die Behauptung, daß der Vorsitzende zu Beginn der Versammlung erklärt haben soll: „Das Wort erhalten nach dem Referat diejenigen, welche die Ausführungen ergänzen wollen.“

Wahr ist, daß der Vorsitzende bei Eröffnung der Diskussion erklärte: „Derjenige, welcher zu den Ausführungen des Referenten das Wort wünscht oder die Ausführungen ergänzen will, mag sich melden.“

Der tapfere schweigsame Genosse hat also wohl Gelegenheit gehabt, zu reden. Der Versammlungsleiter hätte ihm gerne das Wort gegeben.

Unwahr ist die Behauptung, daß der Referent erklärt haben soll: „Die Arbeiterinnen haben kein Recht, jetzt etwas Lohnerhöhung zu verlangen. Warum haben sie sich nicht früher organisiert.“

Wahr ist, daß der Referent zunächst die von unserem Kollegen Fischer in Bezug auf die Arbeiterinnenforderungen gemachten Ausführungen unterstrich und dann sagte, der sozialdemokratische „Textilarbeiter“ könne die Aufnahme der Lohnerhöhung auch nicht damit rechtfertigen, daß er erkläre, die Arbeiterinnen unter 22 Jahre hätten keine Lohnerhöhung erhalten. Die Forderungen der Arbeiterinnen erkenne er (der Referent) als voll und ganz berechtigt an. Trotz-

alleben aber sei es unflug vom sozialdemokratischen Verbande in der bewussten Resolution unter anderem zu betonen, er (der sozialdemokratische Verband) schließe einen Tarif „nur dann“ ab, wenn auch die Lohnerhöhung für die Arbeiterinnen unter 22 Jahre bewilligt würde.

Unwahr ist die Behauptung, daß der Referent erklärt habe: „Wir werden den Streik brechen; so kommen nächste Woche unsere Kollegen aus Sachsen.“

Wahr ist, daß der Redner ausführte: „Den roten Terror in Krefeld werden wir brechen. Dazu bedarf es der Mithilfe unserer Kollegen allerwärts. Mit Freuden ist zu begrüßen, daß unsere Mitglieder über die Grenzen Rheinlands hinaus diesen Gedanken mit uns teilen.“

Unwahr ist die Behauptung, daß der Referent erklärt habe: „Die Polizei ist nötig; der sozialdemokratische Terror muß gebrochen werden.“

Wahr ist, daß der Redner, nachdem er den Terrorismus der Genossen geschildert hatte, ausführte, daß jetzt die Genossen darüber schimpfen, daß die Polizei unsere Kollegen vor weiteren Belästigungen schütze.

Dies zur Steuer der Wahrheit.

Gutenbergbund und Tarifgemeinschaft. Am 21. und 22. April d. J. hat eine Sitzung des Tarifauschusses im Buchdruckergerwerbe stattgefunden, die sich u. a. mit einigen Anträgen und Wünschen des Gutenbergbundes zu beschäftigen hatte.

Wenn die Verhältnisse im Buchdruckergerwerbe sich noch weit davon entfernt, gerecht genannt werden zu können. Der Gutenbergbund wird noch immer nicht als gleichberechtigte Organisation innerhalb der Tarifgemeinschaft anerkannt und behandelt, obwohl sie dieser gegenüber dieselben Verpflichtungen hat als der Verband.

Herr Döblin, der zuerst mit einem Zurückziehen ihrer Vertreter aus sämtlichen Tariforganen gedroht hatte,

mußte unter allerlei nichtsfagenden „Gründen“ wieder zurücktreten, nachdem er gesehen, daß seine Drohung auch nicht den geringsten Eindruck gemacht hatte.

Wir sind der Ueberzeugung, daß der Gutenbergbund doch noch einmal zu seinem Rechte kommen wird, trotz alledem und alledem, trotz aller Lücken und Tücken. Er kann versichert sein, daß er in seinem gerechten Kampfe die volle Solidarität der christlichen Gewerkschaften genießt.

Die Organisation der christlichen Textilarbeiter Oesterreichs. Anlässlich der während der Pfingstfeiertage in Wien stattgefundenen Generalversammlung gibt der Verband christlicher Textilarbeiter Oesterreichs einen umfangreichen Geschäftsbericht heraus.

Die Einnahmen des Verbandes betrugen in der Berichtszeit 1911 und 1912 in Summe 174.871,63 K. die Ausgaben 172.583,47 K. In den Einnahmen ist noch nicht der separat verwaltete Widerstandsfonds eingerechnet, der zur Führung von Lohnbewegungen gehört und vollständig separat verwaltet wird.

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes Arbeitslosenunterstützung (58.934,36 K.), Krankenunterstützung (17.774,34 K.), Streikunterstützung (55.782,71 K.), Reiseunterstützung (2.237,41 K.), Entbindungsunterstützung (1.681,00 K.), Rechtschutzkosten (1.500,83 K.), Sterbeunterstützung (1.919,88 K.).

An Unterstützungen überhaupt zahlte der Verband 137.141,72 K. an die Mitglieder aus.

An Lohnbewegungen war der Verband in 110 Fällen beteiligt. Darunter waren Streiks, die einige Monate dauerten, so der Streik in Fulda, wo der Verband seine Mitglieder über ein halbes Jahr unterstützte.

Vieles konnte der Verband für seine Mitglieder in wirtschaftlicher Beziehung erreichen. Diese Reizen aber genügen, um zu zeigen, daß der Verband für die christlichen Textilarbeiter Oesterreichs eine starke Stütze ist, und von den Feinden der christlichen Arbeiterschaft beachtet werden muß.

Das sozialdemokratische Beamtenheer. Im Korrespondenzblatt der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften Deutschlands (Nr. 18 vom 3. Mai) gibt die Unterhaltungsvereinigung für die Beamten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ihren Rechenschaftsbericht für das Jahr 1912.

Table with 11 columns (years 1902-1912) and 10 rows of categories: Arbeitersekretäre, Parteiführungskräfte, Berichterstatter, Politische Redaktoren, Buchhandlungsangestellte, Kontoristen, Expedienten, Geschäftsführer, Gewerkschafts-angestellte, Stenografen-angestellte, Schriftsteller. Total members in 1912: 248.

Dieses Bild gibt die Zahl der in sozialdemokratischen Diensten stehenden Beamten nicht genau an, da längst nicht alle Angestellten der Unterhaltungsvereinigung angehören. Aber es zeigt doch, in wieweit starkem Maße der sozialdemokratische Verwaltungs-, Organisations- und Agitationsapparat in den letzten 10 Jahren gewachsen und geträpelt ist.

Unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung kann weder absolut noch im Verhältnis einen Vergleich mit der Zahl der in der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung stehenden Beamten aushalten. Um so mehr ist sie angewiesen auf die selbstlose, opferfertige Mitarbeit ihrer Vorstände, Vertrauensmänner und Mitglieder.

Der Radikalismus in den Gewerkschaften ist den Genossen schon oft recht unbequem geworden. Wenn es den Führern an den Fragen geht, dann werden auch sie vernünftig und mit süßen Tönen suchen sie dann die wild gewordenen Anhänger und Mitglieder zu beruhigen.

Eben kommt uns eine Nummer vom Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes aus dem Jahre 1895, Nr. 15 in die Hand, in welchem, in der Abwehr gegen radikale Anträge zur Verbandsgeneralver-

sammlung, der Radikalismus als der Reaktion dienend zurückgewiesen und zur Berücksichtigung des Bestehenden gemahnt wird. Angesichts der fortwährenden Schimpfereien auf die christlichen Gewerkschaften, die den Radikalismus bekämpfen und schrittweise für ihre Mitglieder Verbesserungen zu erreichen suchen, ist die Wiedergabe eines Teils des Artikels aus dem genannten Organ angezeigt, weil er dartut, daß von der Seite aus zuweilen die Taktik der gehästen Christlichen als richtig anerkannt und sie sogar befürwortet wird.

Es wird in dem Artikel zunächst dargetan, daß die Kritik „Tradition“ geworden und daß diese die Sozialdemokratie groß gemacht habe. Von diesem Gesichtspunkte aus könne man es verstehen, wenn, um den Verband aus seinem Dilemma herauszubringen, von den Mitgliedern Anträge und Fundgebungen kämen, die weit über das Ziel hinausschössen.

„Aber dies enthebt uns nicht der Pflicht, aufzubauen und das Bestehende zu berücksichtigen, wenn wir erfolgreich aufbauen wollen; wir gleichen sonst dem Maurer, der eine Wand in die Luft oder auf den Sand baut und dann erst die nötigen Grundmauern und Stützen unterschiebt, um sein Gebäu zu stützen.“

Umso mehr müßten die Einrichtungen der Organisation geprüft werden, ehe man sie fortwerfe.

Sodann wird gesagt:

„Es klingt zwar ungeheuer, konsequent und radikal, im Bewußtsein der schmachlichen Unterdrückung und Aufzucht, alle Lasten von sich abzuschütteln und die leeren Arme in die Luft zu recken mit dem Rufe: „So — nun vorwärts!“ Aber noch konsequenter ist der unberrichtliche Existenzkampf, und noch radikaler als der Geist ist der Trieb, vor allem der Hunger, unter deren rücksichtslosem Ansturm bald die Konsequenz zur schändlichen Inkonsequenz und der Radikalismus zum notgedrungenen Opportunismus herabsinkt, denn nicht alles, was radikal klingt, ist wirklich radikal, d. h. gründlich umgestaltend; erst der Erfolg krönt das Werk.“

Das stimmt; wir sehen es wieder bei dem Streik in Krefeld. Von Interesse dürfte noch sein, daß der angezogene Artikel in der Zeitung von demselben Redakteur und ehemaligen Abgeordneten gezeichnet ist, der nach einer unliebsamen Unterbrechung das genannte Blatt auch heute noch redigiert.

Zur Psychologie der „Gelben“. Aus Diederhosen wir der „Sächsischen Volkszeitung“ unterm 2. Mai geschrieben: Auf Grube Rote Erde in Deutsch-Och, die der Gelbenkirchener Bergwerks A.-G. gehört, traten am 26. April von der über 800 Mann starken Belegschaft 600 ohne vorherige Kündigung in den Streik.

Dagegen ist fast die Hälfte in einem gelben Verein. An der Spitze desselben steht ein Obersteiger. Recht typisch für die Entwicklung der Gelben ist, daß gerade diese ohne vorherige Stellung von Forderungen und ohne Kündigung einen Streik mitmachen.

Die Verwaltung dieser Grube hat bisher den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter mit den schärfsten Mitteln bekämpft. Sie war auch die einzige, die bei der letzten Landtagswahl, als „ihre“ Kandidat durchfiel, Maßregelungen vornahm.

Deutschland und seine Rivalen im Lichte der Rüstungskosten. Die Erhöhung der Präsenzstärke unseres Heeres gibt der Sozialdemokratie wieder willkommene Gelegenheit, gegen den „Rüstungskoller“ und den „Moloch Militarismus“ zu Felde ziehen. Für die Bedürfnisse und Notwendigkeiten unseres Staatslebens, mit denen auch die Interessen der Arbeiter ganz eng verknüpft sind, zeigt sie dabei auch nicht das geringste Verständnis.

Da ist es nun interessant, einmal die Tatsachen reden zu lassen, die gerade das Gegenteil beweisen. Im „Tag“ vom 13. März macht ein Oberfinanzrat Dr. Schwarz eine interessante Rechnung darüber auf, in welchem Verhältnis die Rüstungskosten Deutschlands zu denen seiner gefährlichsten Rivalen, England und Frankreich, stehen. Er kommt zu folgendem Ergebnis: Unsere beiden Rivalen im Westen haben zusammen in den drei abgelaufenen Dezennien mehr als das Doppelte ausgegeben als wir, obgleich ihre Bevölkerungsziffer weit hinter dem Doppelten der deutschen Bevölkerungszahl

zurückbleibt. Auch hat sich das Anteilverhältnis im Laufe der Zeit, wenn etwas, doch nur wenig zu unseren Gunsten verschoben. Es gaben für Heeres- und Flottenzwecke aus:

in Milliarden Mark:

Table with 6 columns: Deutschland, Anteilverhältnis in Proz., England und Frankreich, Anteilverhältnis in Proz., Alle drei Staaten zusammen, Anteilverhältnis in Proz. Rows for 1881/1890, 1891/1900, 1901/1910, and Gesamt.

Gegenüber der schon an sich geringen Verschiebung des Anteilverhältnisses der drei Länder an ihren Gesamtrüstungskosten kommt noch in Betracht, daß die Bevölkerungsziffer Englands und Frankreichs zusammen sich 1881 auf 74 Millionen gegenüber einer Bevölkerung Deutschlands von 45,4 Millionen stellte, 1911 dagegen nur noch auf 85 Millionen gegenüber einer deutschen Bevölkerung von 65,4 Millionen, was eine Steigerung bei jenen Ländern um 11 Millionen oder um 15 Proz., bei uns aber um 20 Millionen oder um 44 Proz. bedeutet.

Würde man die Rüstungskosten in Vergleich setzen zu dem sonstigen staatlichen Verwaltungsaufwand, so würde sich das Bild für Deutschland weiter verbessern, denn für das Deutsche Reich und seine Bundesstaaten stellt sich das Verhältnis des Rüstungsaufwandes zum allgemeinen Reichs- und Staatsaufwand, auch wenn man alle Betriebsverwaltungsstellen (der Eisenbahnen usw.), so wie die aus dem Verhältnis zwischen Reich und Bundesstaaten entstehenden Rechnungsposten, wie Ueberweisungen und gedeckte Matrikularumlagen, außer Ansatz läßt, auf 26,4 Proz.; in England aber betragen die Rüstungskosten im Verhältnis zum Gesamtaufwand 43 Proz. und in Frankreich 36,6 Proz.

Rüstungskosten in Milliarden Mark:

Table with 6 columns: Drei-bund, Anteilverhältnis in Proz., Drei-bund, Anteilverhältnis in Proz., S. g., Anteil in Proz. Rows for 1881/1890, 1891/1900, 1901/1910, and Gesamt.

Das Anteilverhältnis der beiden Mächtekonzentrationen hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte hiernach nur wenig zugunsten des Dreibundes verbessert, und absolut bleibt der Dreibund gegenüber dem Dreiverband hinsichtlich der für Rüstungszwecke aufgewendeten Ausgaben um nicht weniger als 28 Milliarden Mark zurück.

Verlangen muß aber die Arbeiterschaft, daß die Rüstungskosten nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit verteilt und daß die nichttragfähigen Schultern nach Möglichkeit geschont werden.

Arbeitszeit der Arbeiterinnen an Sonnabenden.

In den diesjährigen Berichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1912 werden ausführlichere Mitteilungen gemacht über die Regelung der Arbeiterinnenbeschäftigung an Sonnabenden und den Vorabenden der Feiertage, nachdem durch die Novelle zur Gewerbeordnung vom 28. November 1908, in Kraft seit dem 1. Januar 1910, diese für die genannten Tage auf höchstens 8 Stunden und bis spätestens fünf Uhr nachmittags festgesetzt worden ist.

Diese Neuregelung hat auf die Arbeiterinnenbeschäftigung überhaupt einen wesentlichen Einfluß ausgeübt, der besonders in den Betrieben mit vorwiegend weiblichen Arbeitskräften bemerkbar war. Der Arbeitsbeschluß erfolgt jetzt hier Sonnabends meist schon vor 5 Uhr nachmittags, da die 8 stündige Arbeitszeit unter Beibehaltung des an den übrigen Tagen üblichen frühen Arbeitsbeginns von in der Regel 7 Uhr eine Beschäftigung bis 5 Uhr nicht gestattet. Dabei wurden für die Arbeiterinnen über 16 Jahre die Vor-

mittagspausen meist beibehalten, die Mittagspause, sofern sie mehr als eine Stunde betrug, auf eine Stunde gekürzt und eine Nachmittagspause kaum mehr gewährt. Die Arbeit pflegt zwischen 6 und 7 Uhr morgens zu beginnen und zwischen 3 bis 4 Uhr nachmittags zu enden.

In solchen Betrieben, in denen männliche und weibliche Arbeiter in weitgehendem Maße Hand in Hand arbeiteten, oder die Zahl der Arbeiterinnen so sehr überwiegt, daß eine Weiterführung der Arbeit sich wirtschaftlich nicht lohnt, wurde die Kürzung der Arbeitszeit in gleicher Weise auch für die männlichen Arbeiter eingeführt. Im übrigen blieb aber die längere Arbeitszeit der letzteren bestehen.

Die durch die Novelle erfolgte Kürzung der Samstagarbeit ist für das häusliche Leben nicht nur der Arbeiterinnen, denen sie die Möglichkeit bietet, sich im Haushalte zu betätigen und privatgeschäftliche Besorgungen zu erledigen, sondern auch weiter Kreise der Arbeiterschaft von großem Vorteil, wenn damit auch vielfach Lohnausfälle verknüpft sind. Sehr viele Unternehmer haben aber teils aus eigenem Antrieb, teils auf Veranlassung der Arbeiter oder ihrer Organisationen davon Abstand genommen, die Löhne wegen der Verkürzung der Arbeitszeit herabzusetzen, so daß die Neuerung den Arbeitern und Arbeiterinnen dieser Betriebe keine wirtschaftlichen Nachteile bringt. Von den Unternehmern wird mehrfach auf den Produktionsausfall hingewiesen, der sich für sie aus dem frühen Arbeitsbeschluß an den Sonnabenden ergibt, im allgemeinen scheint er ihnen aber keine Schwierigkeiten zu bereiten. Von einigen Seiten wird geltend gemacht, daß die Arbeiterinnen die vermehrte Freizeit nicht richtig zu verwenden wüßten und demgegenüber betont, daß die hauswirtschaftliche Heranbildung der Arbeiterinnen in höherem Maße zu pflegen sei. Im übrigen darf man aus den Mitteilungen der Gewerbeaufsichtsbeamten wohl entnehmen, daß die Befürchtungen, die man an die Neuregelung der Arbeitszeit an Sonnabenden glaubte knüpfen zu müssen, erfreulicherweise einmal wieder nicht eingetreten sind.

Streik in einem sozialdemokratischen Konsumverein.

Für den sozialdemokratischen Konsumverein Nürtingen (bei Weilmünster) war der 1. April d. J. ein kritischer Tag. Der Lagermeister sollte wegen vorgerückter Unregelmäßigkeiten seines Postens entbunden werden. Die Konsumvereinsverwaltung hatte die Rechnung aber ohne die — selbstverständlich sozialdemokratisch organisierten — Lagerarbeiter gemacht. Die erklärten sich nämlich mit dem Degradierten solidarisch und traten kurzerhand in den Streik; Genossen streikten gegen Obergewalt! Verwaltung und Aufsichtsrat berieten fünf Stunden und sahen sich zum Nachgeben gezwungen, wenn sie die Ruhe nicht zumachen wollten; der Lagermeister blieb. Es wurde ein Schiedsgericht eingesetzt, das den „Fall“ untersuchen und schlichten soll. Von dem Entscheid war bisher nichts in Erfahrung zu bringen. Sonderbarerweise wurden am gleichen Tage der Arbeitsniederlegung schon in einem hiesigen Blatt, dem „Weilmünster Anzeiger“, Streikbrecher für den Nürtinger Konsumverein gesucht. Und damit auch der nötige Humor bei diesem zukunftsstaatlichen Drama nicht fehlte, verleugnete die Verwaltung des Konsumvereins das Streikbrecherinsekt, setzte sogar 100 M. Belohnung für den aus, der den Urheber dieses „Aprilscherzes“ ausfindig machen würde, was natürlich niemandem gelingen wird.

Die Aussperrung im Malergewerbe bröckelt weiter ab.

Am Beginn der neunten Kampfwocche waren noch etwa 10500 Gehilfen ausgesperrt, arbeitslos oder im Streik, denen 19000 Gehilfen gegenüber standen, die bereits zu neuen tariflich geregelten Bedingungen arbeiten. Dadurch ist in vielen Orten, wie Köln, Dortmund, Freiburg i. Br., München usw., der Kampf praktisch erledigt, wozu eine erhebliche Anzahl von Städten kommt, wo durch korporative Tarifabschlüsse der Kampf auch formell beendet ist. Die Arbeiterpresse sucht gleichwohl diesen Stand der Dinge zu verschleiern, und prophezeit nun schon seit sechs Wochen den „großen Sieg, der schon in kurzer Zeit oder gar schon in wenigen Tagen“ den Aussperrenden zufallen werde.

Vielen Malermeistern wird beim Warten auf den „Sieg“ die Zeit schon recht lang, besonders denen, welche Inhaber eines richtigen Geschäfts sind. Um die bei der Stange zu halten, werden die Innungen weiter mißbraucht. Trotz der Erklärung des preussischen Handelsministers, die das Verhalten der Innungen als ungeeignet bezeichnet, fassen diese ihre ungeleglichen Beschlüsse erneut, ja verschärfen sie sogar noch. Wenn dieses Verhalten für das Innungsweesen unangenehme Folgen zeitigen sollte, so werden sich die Handwerksmeister bei den Scharfmachern im Malergewerbe dafür zu bedanken haben.

In der letzten Aprilwoche hat auf Veranlassung des Berliner Oberbürgermeisters Czöllenz Vermuth eine Aussprache von Vertretern der kämpfenden Parteien stattgefunden, wobei vereinbart wurde, unter dem Vorbehalt der drei Unparteiischen und unter Fuziehung von je zwei Vertrauensmännern der Arbeitgeber und -nehmer eine Einigungsverhandlung zu veranstalten. Aus mehreren Gründen mußte der zunächst dafür in Aussicht genommene Termin verschoben werden, so daß es in den Tagen nach Pfingsten zu Verhandlungen kommen wird. Ob sie zum Ziele führen, hängt davon ab, daß der Arbeitgeberverband von seinem Machtkoller erwacht und seinen Leuten endlich einmal die Dinge so zeigt, wie sie tatsächlich liegen.

Die Malergehilfen sehen der weiteren Entwicklung mit der bisherigen Kaltblütigkeit und Ruhe entgegen, die dem Bewußtsein entspringt, für eine gerechte Sache zu kämpfen.

Aus unserer Industrie.

Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat Mai berichtet das oben erschienene Aprilheft des „Reichsarbeitsblattes“:

Die Baumwollspinnereien in Hannover hatten unbefriedigend zu tun; ihre Beschäftigung hat sich gegen den Vormonat sogar noch verschlechtert. Auch aus dem Elsaß wird über ungenügende Beschäftigung geklagt, die sich ebenfalls gegenüber dem Vormonate verschlechtert hat, einestheils weil die Kundenschaft mit ihren Aufträgen infolge der unsicheren politischen Lage zurückhält, anderenteils weil die österreichische Konkurrenz außerordentlich große Mengen Garne nach Deutschland abgestoßen hat. Hingegen wird aus Württemberg und Bayern über ziemlich gute Beschäftigung dank der großen Auftragsbestände aus früherer Zeit berichtet. Aber auch hier trat infolge der Zurückhaltung der Kundenschaft und der verminderten Nachfrage nach Baumwolle in einigen Fabriken eine Verschlechterung gegen den Vormonat ein.

In den Baumwollwebereien und Buntwebereien war die Beschäftigung im allgemeinen leidlich, doch trat nach einem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller eine wesentliche Verschlechterung gegen den Vormonat und gegen den gleichen Monat des Vorjahres ein, so daß die Beschäftigung in Schlessien teilweise als unzureichend bezeichnet werden konnte. Die unsichere politische Lage und die Geldknappheit bedingten eine starke Zurückhaltung der Käufer. Die sächsischen Wigoguespinnereien hatten reichlich und besser als im Vormonate zu tun; auch gegen das Vorjahr zeigt sich eine Verbesserung des Beschäftigungsgrades. Es bestand in weiblichem Personal ungenügendes Angebot.

In den Kammgarnspinnereien war die Beschäftigung leidlich und schlechter als im Vormonate, da die Aufträge auf Sommermonate erledigt sind und Aufträge auf Winterware nur langsam eingehen.

In der schlesischen Wollwarenfabrikation war nach einem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller der Beschäftigungsgrad normal. Die Arbeitslage in den Wollwebereien bezeichnet der Verband sächsisch-thüringischer Webereien als sehr lebhaft. Durch regen Umlauf von Warenbestellungen für die Sommerkampagne — vielfach noch Nachbestellungen —, der dem zeitigen Einsetzen des Frühlingwetters zuzuschreiben ist, gestaltete sich die Beschäftigung sehr lebhaft.

Die Tuchfabrikation war im allgemeinen befriedigend beschäftigt. In der westdeutschen Tuchindustrie war die Beschäftigung im ersten Vierteljahr 1913 zwar nicht einheitlich, jedoch im allgemeinen befriedigend. Es bestand flotter Geschäftsgang; auch werden die Aussichten für die nächste Zeit nicht ungünstig beurteilt, sofern nicht weitere politische Verwicklungen eintreten. Es herrschte Mangel an Webern. Die Industrie wurde auch während der Berichtszeit durch die fortbestehende Teuerung und den außerordentlich hohen Preisstand der Rohmaterialien ungünstig beeinflusst. In verschiedenen Betrieben mußte infolge des Zurückgehens von Aufträgen zur Verkürzung der Arbeitszeit und zur Entlassung von Webern geschritten werden. Da, wo genügende Beschäftigung nicht vorhanden war, führt man die Geschäftsflaute auf die politische Weltlage und auf die Preissteigerung aller Rohstoffe zurück.

In der schlesischen Seidenindustrie war die Beschäftigung für die Spinnereien und Webereien recht gut; doch sind neue Abschlüsse infolge der hohen Preise und wegen der unsicheren politischen Lage nur in geringem Maße zustande gekommen.

Die Samt- und Samtbandsindustrie konnte eine weitere Verbesserung gegenüber dem Vormonate infolge des Bedarfs der Mode an Samt und Samtband berichten.

In der Seidenindustrie ließ jedoch die Arbeitslage zu wünschen übrig und hat sich infolge des Streiks der Färber, der Aussperrung der Weber und Arbeiter der Veredelungs- und Hilfsindustrie gegenüber dem Vormonate verschlechtert. Weiter wirkten die noch immer nicht geschwundene Kriegsgefahr und der andauernd teure Geldstand ungünstig auf das Geschäft und auf die Erteilung neuer Aufträge.

In Strickgarnen war die Beschäftigung noch immer lebhaft, doch infolge Nachlassens des Winterbedarfs etwas schlechter als im Vormonate. Auch in Strick- und Wirkwaren war der Beschäftigungsgrad gut. Das gleiche gilt von der Fabrikation für Schals und Tücher und von der Herstellung der Trikotwaren.

In der Stickerei- und Spitzenindustrie war nach einem Berichte des Fabrikantenvereins der sächsischen Spitzenindustrie die Beschäftigung gegenüber dem Vormonate infolge des Wechsels der Mode und der allgemeinen politischen wie der Geldverhältnisse etwas schlechter, gegen den März 1912 sogar erheblich schlechter. Es traten in einer Reihe von Stickereien und Spitzenereien Verkürzungen der Arbeitszeit ein und eine erhebliche Anzahl von Stickmaschinen mußten still gesetzt werden.

Die Hanfspinnereien waren nach einem Berichte des Verbandes schlesischer Textilindustrieller wie im Vormonate gut beschäftigt. Infolge der Abwanderung der Arbeitskräfte in landwirtschaftliche Betriebe machte sich ein Arbeitermangel bemerkbar.

Die Druckereien, Bleichereien und Appreturarkalten klagten über ungenügende Beschäftigung, die sich gegen den gleichen Monat des Vorjahrs wesentlich verschlechtert hat.

In der Posamentenindustrie war der Beschäftigungsgrad infolge der Ungunst der Mode unbefriedigend.

12 Firmen der Textilindustrie berichteten über eine Arbeiterzahl zu Ende März von 10016 gegen 9667 im Vorjahr, woraus sich eine Zunahme um 3,61 v. H. ergibt.

Aus der Textilindustrie berichten 446 Betriebsrentenkassen mit 96291 männlichen und 114319 weiblichen Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. März

1913 ergab sich am 1. April 1913 eine Abnahme der versicherungspflichtigen männlichen Mitglieder ohne Kranke um 486 und eine Zunahme der weiblichen Mitglieder um 673.

Von 100 Mitgliedern nachstehender Verbände waren arbeitslos:

	Mitgliederzahl	März 1913	März 1912	Febr. 1913
Textilarbeiter (G.)	144470	1,0	0,5	0,9
Textilarbeiter (Ch.)	40149	0,3	0,5	0,7
Textilarbeiter (S.D.)	6225	0,6	1,7	0,5

Die deutschen Buntwebereien gegen die Erhöhung der Garnzölle.

Der Verband deutscher Buntwebereien und verwandter Betriebe hat an das Reichsamt des Inneren sieben eine dringende Eingabe gerichtet, in der die von den deutschen Baumwollspinnern gewünschte Erhöhung der deutschen Einfuhrzölle für Baumwollgarne abzulehnen ersucht wird.

Ueber die Nachener Tuchindustrie

wird im Jahresbericht der Handelskammer zu Aachen unter anderem folgendes ausgeführt: Für die Nachener Tuchindustrie war die Geschäftslage im letzten Jahre günstiger, als die des Vorjahres, und die meisten Betriebe waren genügend beschäftigt.

Die Produktion der Krefelder Seidenindustrie im Jahre 1912.

(Siehe die vorhergehende Nummer der „Textilarbeiter-Zeitung“.) Die außerordentliche und stets steigende Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes bildet die feste Grundlage für die deutsche Seidenweberei.

1910	41,9 Mill. M.	= 69,8 Prozent
1911	41,1	= 68,5
1912	43,9	= 69,7

Die Krefelder Fabrikanten haben ihren Angaben zufolge ganz- und halbseidene Stoffe (und Bänder) abgesetzt:

	1912	1911
in Deutschland	43,9	41,1
„ England	8,2	7,1
„ Oesterreich-Ungarn	2,4	2,8
„ Frankreich	1,7	1,9
„ andern europ. Ländern	5,2	4,6
„ außereurop. Ländern	1,7	2,1

Die deutsche Handelsstatistik weist für die Ausfuhr allerdings ganz andere Zahlen auf. Während der direkte Export der Krefelder Weberei sich im Jahre 1912 auf 19,1 Mill. M. und im Jahre 1911 auf 18,5 Mill. M. belief, wurden dicke ganz- und halbseidene Gewebe und Bänder (die Ausfuhr von unedlen Geweben ist unbedeutend) ausgeführt im Betrage von:

	1912		1911	
	q	Mill. M.	q	Mill. M.
Seidene Gewebe	6,436	28,5	5,577	25,8
Halbseid. Gewebe	27,082	55,2	34,657	70,0
Zusammen	33,518	83,7	40,234	95,8

Im Jahre 1912 entstanden dabei an die Stoffe rund 59,2 und auf die Bänder 24,5 Mill. M. Die Krefelder Industrie wäre demnach mit nicht ganz einem Sechstel an der Gesamtanfuhre beteiligt; in Wirklichkeit gelangt aber noch ein beträchtlicher Teil der an inländische Händler verkauften Fabrikate nachträglich ins Ausland.

Die von der Seidenstoff- (und Band-)weberei entrichteten Zölle sind, entsprechend der vermehrten Pro-

duktion, gestiegen. In der mechanischen Weberei wurden 5,4 Mill. M. Webelöhne ausbezahlt und in der Hausindustrie 1,6 Mill. M., zusammen 7 Mill. M., gegen 6,7 Mill. im Jahre 1911. Dazu kommen noch Webelöhne im Betrage von 1,6 und Scherelöhne im Betrage von 0,8 Mill. M., so daß sich eine Gesamtlohnsumme von 9,4 Mill. M. ergibt, die ungefähr 15 Prozent des Wertes der erzeugten Ware entspricht.

Aus dem Verbandsgebiete.

Aus unseren Bezirken.

Aus dem badischen Albtales.

Neuerdings versucht der sozialdemokratische Textilarbeiterverband, im Albtales die „Häupter seiner Gerechten“ etwas zu vermehren. Schon verschiedentlich ist der Versuch gemacht worden, aber immer scheiterte dieses Unternehmen an dem gebundenen Sinne der Albtales Arbeitererschaft.

Eine Versammlung am 20. April in Speyer, welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagte und wo die Genossen Lepert-Eitlingen und Prinz-Karlsruhe referierten, beschloß, in Zukunft eine andere Taktik zu verfolgen. Der im Februar mit vielem Geräusch unternommene „Ritt ins Albtales“ war vollständig ohne Erfolg geblieben.

Eine gewaltige Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung im Bezirk Baden.

Am 4. Mai fand in Singen in der Hohentwiel-Festhalle eine große Kundgebung der christlich-nationalen Arbeitererschaft des Bezirks statt. Wohl noch nie hatte der badische Seefreis eine solche Massenversammlung christlich-national gesinnter Arbeiter zu verzeichnen gehabt.

sich aufgenommen hatte. Die Sitzplätze in Paterte und Galerie reichten nicht für die Herbeigeeilten; nicht wenige mußten sich mit Stehplätzen begnügen. Trotdem herrschte während der mehr als dreistündigen Tagung die größte Ruhe.

Stadtpfarrer Ruf entbot als Bezirkspräsident der kath. Arbeitervereine der imposanten Massenversammlung einen herzlichen Willkommgruß. Er freute sich, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen dem an sie ergangenen Rufe so zahlreich Folge geleistet hätten.

Als erster Redner sprach Herr Generalsekretär Stegerwald über die „Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung für Arbeiter und Volksgesamtheit“. Redner zeichnete in großen Strichen die veränderte Stellung, die der Lohnarbeiter von heute im Gegensatz zu früher im Staat und in der Volkswirtschaft einnimmt.

Unser Bezirksleiter, Kollege Rummel, sprach über den Charakter der christlichen Gewerkschaften. Diese setzen sich aus Katholiken und Protestanten zusammen und können sich daher weder mit religiösen noch parteipolitischen Fragen beschäftigen.

Herr Diözesanpräsident Dr. Rehbach behandelte besonders das so wichtige Gebiet der Arbeiterinnen- und Jugendfrage. Seine mit trefflichem Humor gewürzten Ausführungen lösten das öfteren begeisterte Zustimmung aus.

Als letzter Redner sprach Gesamtverbandssekretär Erising-Parlsruhe über die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifbewegung. Er führte aus, daß die große Masse der Arbeitererschaft in der Bodenseegegend dem gewaltigen Ringen um den großen Geisteskampf in der deutschen Arbeiterbewegung bislang viel zu gleichgültig gegenübergestanden seien.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 4. Mai 1913 in der Hohentwiel-Festspielhalle in Singen a. S. zum christlichen nationalen Arbeitertag der Bodenseegegend versammelten nahezu 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen stimmen den Darlegungen der Redner voll und erklären insbesondere an der Verwirklichung folgender Aufgaben in Zukunft mit Nachdruck mitzuwirken.

1. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Seegegend müssen sich mehr wie bisher den christlichen Gewerkschaften anschließen, weil nur diese in der Lage sind, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitererschaft erfolgreich zu vertreten.

2. Die treu zu Religion und Vaterland stehenden Arbeiter müssen sich in größerem Umfange wie bisher den konfessionellen Arbeitervereinen anschließen, deren ganz besondere Aufgabe die religiös-sittliche Erziehung sowie staatsbürgerliche Schulung ihrer Mitglieder ist.

4. Die heranwachsende Jugend ist in eigenen Vereinen zu sammeln und gegen die Gefahren der Zeit und des Berufes körperlich, geistig und religiös zu schützen und zu stärken. Neben den Arbeitern werden alle Volks-

Parallele zwischen der Krefelder und Neumünsterschen Tarifbewegung. In Neumünster habe man den ganzen Tarif schon am ersten Streiktag fallen lassen. Man habe, obwohl für alle Fabriken die Tarifforderung gestellt war, die Leute ohne irgend einen Erfolg wieder in die Fabriken hineingetrieben. Man sei sogar bereit gewesen, die Zugehörigkeit zum Verband leugnen zu wollen. Während der ganzen Aussperrung habe Süß-Berlin jede allgemeine Versammlung der Ausgesperrten verboten. Hier sei also der Arbeitererrat des sozialdemokratischen Verbandes offensichtlich. Und diese Leute wollten über den angeblichen Arbeitererrat der Christlichen in Krefeld wettern. Wahrhaftig, es gehört schon eine dreifache sozialdemokratische Stirn dazu. Die Masse der Arbeiter, selbst der sozialdemokratisch organisierten, glaubt solchen Schwindel von vorn herein nicht, sonst wären sie wohl zur Versammlung gekommen.

Der Geschäftsführer Kogur vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband versuchte vergeblich den Verrat von Neumünster zu beschönigen. Es gelang ihm nicht. Nun sprach wieder „Genosse“ Hendricks. Etwas Geschietes kam allerdings nicht zu Tage. Doch haben sich unsere Kollegen während seiner „Rede“ lässlich amüsiert. Es hagelte nur so von Schmutzreden, Mißgebühren, Dreck, schwarzer Häuptling Pösch, Arbeitererrat, Müßiggang vom schwarzen Verband, Oberstreikbrecherhäuptling Fahrenbrach, Streikbruchschande, schwarzer Häuptling Leising usw. Immer größer werden die Peinlichkeiten unserer Kollegen quitierte diese „Leistung“ Hendricks. Dann sprach noch ein sozialdemokratischer Beamter, der erzählte, daß er eine Agitationstour durch Süddeutschland gemacht habe, daß er eine lange Rede halten könne, die Streikarbeit der Elberfelder Färber für Krefeld sei keine Streikarbeit, bald sei der letzte christliche Gewerkschaftler den sozialdemokratischen Verbänden beigetreten und so fort. Auch diesen „Nebner“ haben wir befaßt. Als nun wieder ein christlich organisierter Arbeiter das Wort ergriff machten die Genossen unter offener Anführung ihrer beiden Beamten einen solchen Spektakel, daß der Kollege nicht mehr weiterreden konnte. Vorher hatte noch ein sozialdemokratischer Arbeiter dem Kogur und Genossen ihr arbeiterschädigendes Treiben unter dem Beifall eines großen Teiles der Versammlung vor Augen gehalten. Unser Ortsgruppenvorsitzender Kollege Hufe und der Kollege Leising hatten sich nochmals zum Wort gemeldet. Die Genossen hatten jedoch genug von der Aussprache mit den Christlichen. Sie stimmten für einen aus ihren Reihen eingelaufenen Schlußantrag. Derselbe wurde dann auch gegen die Stimmen, der eine weitere Diskussion nicht fürchtenden Christlichen Arbeiter, angenommen. Die Versammlung bedeutet für die Genossen in Neumünster einen bösen Hereinsall. Sie waren ausgezogen, um den verhäuteten christlichen Textilarbeiterverband einen tödlichen Streich zu versetzen und kamen nun selbst arg blenniert aus dem Kampfe zurück. Es trifft eben zu, was der Kollege Leising in der Versammlung sagte: Wer in einem Glashause sitzt soll nicht mit Steinen werfen und im Hause des Bekehrten soll man nicht vom Strick sprechen.

Neustadt D.-Schl. Gegen den sozialdemokratischen Arbeitererrat in Krefeld. Der Streik der Färber in Krefeld und seine Begleitererscheinungen bildete den Hauptpunkt der Verhandlungen unserer Mitgliederversammlung vom 22. April. Nach Verlesung des Kassenberichtes vom 1. Quartal 1913 referierte Kollege Jungnickel über obiges Thema. Insbesondere beleuchtete er die sozialdemokratische Darstellung der dortigen Vorgänge und das nutzlose Beginnen, den tatsächlich verübten Streikbruch gegenüber den eigenen Verbandsmitgliedern, abzustreiten. Wenn der „Textilarbeiter“ von außerordentlich schlechten Löhnen der Krefelder Färber berichtet, so braucht er nur einmal in seinen eigenen Süßländer Umkreis zu halten, um zu finden, daß da die Löhne noch viel schlechter sind. Die alten geübten Färber in den schlesischen Süßländern des roten Verbandes wären froh, wenn sie durchweg wenigstens den Anfangslohn der in Krefeld erst angelernten Färber erhielten. Da wäre der Radikalismus des deutschen Verbandes eher angebracht. In der Diskussion sprachen sich alle Nebner dahin aus, daß es von der Verbandsleitung und den Krefelder Färbere unverantwortlich gewesen wäre, unter den gegebenen Umständen die Aussperrung aufzunehmen. Unter Verschiedenes trat Kollege Jungnickel noch der verschiedenartig verteilten Ansicht entgegen, daß der im Entschieden begriffene „Kleinwohnungsbaurevier in Neustadt D.-Schl.“ eine Gründung der christlichen Gewerkschaften sei. Wohl habe die vom Kartell im März dieses Jahres veranstaltete Versammlung, in welcher ein Entwurf vom Bund deutscher Bodenreformer über Wohnungsnot und deren Bekämpfung sprach, den Anstoß zur Gründung gegeben. Aber mit der Gründung selbst hat die Gewerkschaft als solche nichts zu tun und es ist aus den Gewerkschaftsklassen kein Pfingst dazu verwandt worden. Kollege Heilig betonte, daß sich niemand darüber zu wundern braucht, daß gerade christliche Gewerkschaftler an der Gründung mitarbeiten, denn die gewerkschaftliche Erziehung habe diesen auch die Erkenntnis vermittelt, daß die Beseitigung der tatsächlich bestehenden Wohnungsnot unbedingt notwendig sei, um den Arbeiter kulturell zu heben. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung vom Vorsitzenden, Kollegen Mehrtorf, geschlossen.

Oberforstbach. Einigkeit ein festes Band, ist es zusammen Stadt und Land. So können wir wohl mit Recht sagen, als die Kolleginnen der Ortsgruppe A.-Wartfeld bei Gelegenheit eines Ausfluges nach hier am 20. April mit den Kolleginnen unserer Ortsgruppe versammelt waren. Wenn auch die Beteiligung, insoweit der zweiten Witterung, keine allzugroße war, so konnte das den Zweck der Veranstaltung jedoch keinen Abbruch tun. Nach 1 1/2 stündigem Marsche bei uns angelangt, wurde zuerst mit dem herrlichen Regen abregnet gehalten. Als erster Punkt eines reichhaltigen Programms hielt Kollegin Saunjen (Wartfeld) einen längeren Vortrag über den Zweck des Ausfluges und über Nutzen und Vorteile der Kolleginnen in den christlichen Gewerkschaften. Ein von den Wartfelder Kolleginnen angeführtes Theaterstück, sowie verschiedene Lieder und Deklamationen, wurden mit vielem Interesse aufgenommen. Das Bismarckdenkmal ist auch keine guten Dienste. Auch hatten wir einige Neuaufnahmen zu verzeichnen. Nach einigen reichlich verdienten Dankesworten unseres Vorsitzenden an die Wartfelder Kolleginnen, traten diese die Heimreise an, mit dem Versprechen, uns bei Gelegenheit des 10. Stiftungsfestes wieder mit ihrem Besuche zu beehren.

Offenburg im Baden. Auch hier bricht sich, wie überall in deutschen Lande, der Gewerkschaftsgeist Bahn. Einige tüchtige Kolleginnen und Kollegen sind an der Arbeit, den Neuzugangsboden für die weitere Entwicklung zu schaffen. Hoffentlich gelingt es uns, unter der hier zahlreich vertretenen Textilarbeiterchaft festen Fuß zu fassen.

Schöllbrunn (Bad. Altk.). In unserer letzten Mitgliederversammlung, die Kollege Wippler leitete, gab zunächst unser Kassierer die Abrechnung des letzten Berichtsjahres. Es

dann machte unser neuer Lokalbeamter einige Ausführungen über unsere Tattigkeit bei Lohnbewegungen, denen die Anwesenden mit richtigem Interesse folgten. Bevor man sich trennte, sangen wir noch, mit der dem Abtaler eigenen Frische, einige frohe Lieder.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Der Gesamtverband Deutscher Krankentassen ladet die angeschlossenen Kassen zur diesjährigen Hauptversammlung auf den 22., 23. und 24. Juni nach Essen (Ruhr) ein. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Das Verhältnis der Krankentassen a) zu den Ärzten und Apothekern, b) zu den Kassenangestellten. 2. Das Streitverfahren in der Krankenversicherung nach der R.V.D. 3. Verschiedenes. Nur solche Krankentassen, die bis zum 15. Juni d. J. die Mitgliedschaft des Gesamtverbandes deutscher Krankentassen erworben haben, können durch legitimierte Vertreter an den Verhandlungen sich beteiligen. Zur Deckung der Unkosten werden für jeden Vertreter drei Mark Delegationsbeitrag erhoben, der vorher an den Schatzmeister des Verbandes, Herrn Verwaltungsdirektor Meyer in Essen (Ruhr), Schützenbahn 24, einzusenden ist. Darauf erfolgt die Verjendung der Delegationskarte. Anfragen, Anmeldungen sowie Anträge für die Hauptversammlung sind zu richten an die Geschäftsstelle in Köln (Rhein), Venloerwall 9. Krankentassen, die bis zum angegebenen Termine noch nicht Verbandsmitglied geworden sind, können als Gäste an dem Kongress teilnehmen.

Aus der Sektion M.-Gladbach der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft. Im Berichtsjahre gehörten der Sektion 357 (im Vorjahre: 347) Betriebe mit 34950 (33311) Arbeitern an. Die Zahl der Betriebe ist also gegen das Vorjahr um 10 und die Zahl der Arbeiter um 1639 gestiegen. Die von den einzelnen Sektionsmitgliedern nachgewiesenen Löhne betragen insgesamt 32 578 300 (29 898 276) Mark, und der Durchschnittslohn für jeden Arbeiter etwa 932 (897) Mark.

Zur Anzeige gelangten 606 (536) Unfälle, und zwar 263 (227) im maschinellen Betriebe und 317 (288) außer Zusammenhang mit dem maschinellen Betriebe, sowie 26 (21) Fälle, welche sich nicht als Betriebsunfälle ergaben. Die Zahl der wirklichen Betriebsunfälle betrug demnach 580 (515), wovon 139 (121) Fälle zu entschädigen waren. Todesfälle waren 5 (2) zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Betriebsunfälle hat sich gegen das Vorjahr um 65 und die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle um 18 vermehrt.

Im Jahre 1912 wurden an Unfallschädigungen gezahlt: für die während des Jahres 1912 neu hinzugekommenen 156 (113) Unfälle 20 140,44 (18 619,85) Mark; für 1012 (1006) Unfälle aus den vorhergehenden Jahren 166 371,64 (164 906,92) Mark, zusammen 186 515,06 (183 526,77) Mark. Die Gesamtschädigungssumme ist gegen das Vorjahr um 2 985,31 Mark gestiegen. Bei der Gesamtzahl von 34 950 (33 311) versicherungspflichtigen Personen ergibt sich eine Entschädigung von 5,34 (5,51) Mark für jede Person und bei einer Lohnsumme von 32 578 300 (29 898 276) Mark eine solche von 5,73 (6,14) Mark auf 1000 Mark Lohn.

Die Kosten der Verwaltung im Jahre 1912 betragen 11 253,91 (12 882,58) Mark; sie sind gegen das Vorjahr um 1628,67 Mark zurückgegangen.

In der Sitzung des Sektionsvorstandes vom 25. Nov. 1912 wurden wiedergewählt die Herren Rudolf Everling jr. zu M.-Gladbach als Vorsitzender, Friedrich Kreuzer zu M.-Gladbach als erster, Kommerzienrat Viktor Busch zu Hochneukirch als zweiter stellvertretender Vorsitzender und Wilhelm Knepper zu M.-Gladbach als Schriftführer für die Zeit vom 1. Oktober 1912 bis dahin 1913.

Die Organisation des Gewerbeaufsichtsdienstes in Deutschland. Ueber die Organisation der Gewerbeaufsicht in Deutschland sowie die Tätigkeit der Beamten u. bringt der eben erschienene „Jahresbericht des badischen Gewerbeaufsichtsdienstes für 1912“ eine interessante Uebersicht. Danach stieg die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten in den fünf Jahren 1907 bis Ende 1911 in Preußen von 267 auf 323, in Bayern von 29 auf 35, in Sachsen von 56 auf 59, in Württemberg von 17 auf 20, in Baden von 10 auf 14, in Hessen blieb es bei 15, in Elsaß-Lothringen von 8 auf 11, im Deutschen Reich von 437 auf 532. Die Zahl der Revisionen stieg im gleichen Zeitraum in Preußen von 109 361 auf 126 682, in Bayern von 14 954 auf 20 928, in Sachsen von 22 291 auf 25 025, in Württemberg von 13 115 auf 14 675, in Baden von 2821 auf 10 465, in Hessen von 6 930 auf 10 265, in Elsaß-Lothringen von 2899 auf 5995, im Deutschen Reich von 182 983 auf 229 959. Im Jahre 1911 entfielen auf einen Beamten in Preußen 660, in Bayern 1332, in Sachsen 659, in Württemberg 812, in Baden 1142, in Hessen 636, in Elsaß-Lothringen 1065, im Deutschen Reich 728 revisionspflichtige Betriebe; in Preußen 392, in Bayern 599, in Sachsen 424, in Württemberg 734, in Baden 747, in Hessen 684, in Elsaß-Lothringen 545, im Deutschen Reich 432 Revisionen. Auf 100 Betriebe entfielen im Jahre 1911 in Preußen 59,4, in Bayern 44,9, in Sachsen 64,4, in Württemberg 90,4, in Baden 65,4, in Hessen 107,6, in Elsaß-Lothringen 51,2, im Deutschen Reich 59,4 Revisionen.

Versammlungskalender.

- Barmen. 17. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Mertin, Parlamentstr. 1.
- Brand. 18. Mai, 10 1/2 Uhr, bei Wengenberg.
- Wolfsbacherbach. 18. Mai, 2 Uhr, bei Edmund Schneider, Generalversammlung.
- Cottbus. 17. Mai, 8 Uhr, im evang. Vereinshaus.
- Dresden. 25. Mai, 1/3 Uhr, im Lokale zum Hirschen, Generalversammlung.
- Elberfeld. 17. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Herkenrath, Klossb. Str. 26.
- Joest (Austh). 20. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Grafmann, Gerberstr. 26.
- Sindelf. 18. Mai, 10 1/2 Uhr, bei Witwe Hahnen, Generalversammlung.
- Pfaffenrot. 19. Mai, 1/27 Uhr, im Lokale „Zum Ochsen“, Vertrauensmännerversammlung.
- Schieflahn. 18. Mai, morgens nach dem Hochzeit, bei Wilhelm Hohnen.

Sterbe-Tafel.



Es starben die Verbandsmitglieder:

- Johann Ladage in Langerfeld.
- Anna Dopker in Greven.
- Johann Ludwigs in Aachen.
- Katharina Breuers in Dülken.
- Frau Zimmermann in Oesfingen.
- Paul Weege in M.-Gladbach.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Die Ausrüstung der Stoffe aus Pflanzenfasern. Ein Ueberblick über die wichtigsten Arbeiten und Maschinen. Von Professor F. Brenner. Direktor der Preussischen höheren Fachschule für Textilindustrie in M.-Gladbach. Mit 67 Abbildungen. Preis gebunden M. 3.50. (Leipzig 1913, Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung.) In diesem neuen Band der bewährten Bibliothek der gesamten Technik, behandelt der Verfasser die gesamten Appreturarbeiten der Baumwollstoffe und sonstiger Erzeugnisse der Textilindustrie aus anderen Pflanzenfasern. Das Werk stellt eine sehr gut gelungene Einführung in dieses vielverzweigte, vielgestaltige Gebiet dar. Im ersten Kapitel werden zunächst die Reinigungsarbeiten, Waschen, Ausstoichen, Bürsten und Klopfen, Entschlichten, Schmirgeln und Rühen, Scheren oder Kruppen, Sengen eingehend besprochen. Der zweite Teil behandelt die eigentlichen Appreturarbeiten. Im ersten Kapitel wird zunächst in den Unterabschnitten, Imprägnieren, Kalendern, Lüstrieren, Mandeln, Becklen, Pressen und Dämpfen, die Appretur der glatten Zeuge eingehend dargestellt, während das nächste die der gerauhten und mit Flor versehenen Zeuge in den Unterabschnitten Schmirgeln, Vorräumen, Rauhen, Berzeln, Ratmieren, Imprägnieren, Bürsten, Dekatieren und Lüstrieren, Schneiden von Velvet und Genua-Cord, Bürsten und Waschen von Velvet und Genua-Cord und Scheren behandelt. Der dritte Teil des Buches enthält eine Darstellung der Hilfsarbeiten. Hier finden wir Kapitel über Schleudern, Ausquetschen oder Ausdrücken und Ausbreiten, Breitstrecken und Egalisieren, Trödnern und Spannen, Empfinden und Dämpfen, Wickeln, Brechen, Bürsten und Klopfen. Dann werden im vierten Teil die Aufmachungsarbeiten, Wickeln und Messen, Legen und Messen, Doublieren, Messen und Wickeln und Pressen der sonst verarbeiteten Stücke dargestellt. Eine gute an sprechende Ausstattung mit mäßigen Preisen werden dem Buche im Verein mit der vorzüglich gelungenen Darstellung eine gute Aufnahme in Fachreisen sichern.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Reichstagsrede unseres Vorsitzenden, Kollegen Schiffer, über die Förderung der Baumwollkultur in unseren Kolonien. — Zur Gründung des sozialdemokratischen Streikbruchverbandes in Krefeld. — Die Wochenhilfe. — Das Abschlagen der Schußspulen. — Allgemeine Rundschau: Zur Berichtigung einiger sozialdemokratischer Aussagen. — Gutenbergbund und Tarifgemeinschaft. — Die Organisation der christlichen Textilarbeiter Oesterreichs. — Das sozialdemokratische Beamtenheer. — Der Radikalismus in den Gewerkschaften. — Zur Psychologie der „Selben“. — Deutschland und seine Rivalen im Lichte der Rüstungsfragen. — Arbeitszeit der Arbeiterinnen an Sonnabenden. — Streik in einem sozialdemokratischen Konsumverein. — Die Aussperrung im Malergewerbe bröckelt weiter ab. — Aus unserer Industrie: Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie. — Die deutschen Buntwebereien gegen die Erhöhung der Garnzölle. — Ueber die hessische Luchindustrie. — Die Produktion der Krefelder Seidenindustrie im Jahre 1912. — Aus dem Verbandsgebiete: Aus unserer Bezirke: Aus dem badischen Abtale. — Eine gewaltige Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung im Bezirk Baden. — Eine Arbeiterinnenkonferenz im Gau Oberlaufs. — Berichte aus den Ortsgruppen: Delmenhorst. — M.-Gladbach. — Göppingen. — Klingenstein. — Neumünster. — Neustadt. — Oberforstbach. — Offenbach. — Schöllbrunn. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Der Gesamtverband Deutscher Krankentassen. — Aus der Sektion M.-Gladbach der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft. — Die Organisation des Gewerbeaufsichtsdienstes in Deutschland. — Versammlungskalender. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.